

Wochenheft 85 Pf., monatlich 3,50 Mk.
im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 Mk.
einzelständig 60 Pf. Postzeitung 48 Pf.
72 Pf. Postbezug. Ausland-
abonnement 6,- Mk. pro Monat; für
Länder mit ermäßigtem Drucksteu-
ersatz 5,- Mk.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“ illustrierte Beilage „Welt
und Zeit“, Ferner „Frauenstimme“,
„Lehrer“, „Bild in die Arbeiterwelt“,
„Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtblatte“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Dienstag
1. September 1931.
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konvertierung des Pf.
Markensatzes 5,- Mk. „kleine Ma-
regeln“ des jetzigen Markensatzes 25 Pf.
gleichzeitig am jetzigen Markensatz, jedes
weitere Wort 12 Pf. Rabat u. Tarif.
Stückpreise des 1. Wortes 15 Pf.,
jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über
15 Buchstaben zahlen für zwei Worte.
Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familien-
anzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme
im Hauptgeschäft Lindenstraße 3 wochentäg-
lich von 9 bis 17 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der
Abänderung nicht genehmigter Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Recipr.: Dönhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3. D. S. u. Disca. -Gef., Depositenk., Jerusalemstr. 65-69.

Wir zählen auf euch!

Gebt uns die Mehrheit und die Macht!

Genossinnen und Genossen!

Die Reaktion hat am 9. August in Preußen und damit in
Deutschland eine Schlacht verloren.

Alle Feinde der Republik hatten sich zusammengetan, den ent-
scheidenden Schlag zu führen gegen die unter den roten Fahnen
der Sozialdemokratie, der freien Gewerkschaften und Arbeiterpartei-
bewegung kämpfenden Arbeiterklasse. Am trauten Verein mit den
ausgesprochenen Arbeiterfeinden marschierten die Kommunisten
unter Führung der Thömann und Konsorten. Schmähtlicher und
erbärmlicher sind noch niemals von einer angeblichen Arbeiterpartei
die Interessen der Arbeiterklasse verraten worden, als es bei diesem
Volksentscheid der Fall war.

Der Anschlag ist mißlungen. Unabsehbare Verschärfung von
Not und Elend ist abgewendet.

Wir haben eine Schlacht gewonnen!

Jetzt gilt es, mit doppelter Begeisterung den Kampf der Ver-
nunft gegen Irrtum und Verheerung fortzuführen. Jetzt gilt es, die-
jenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die bisher der SPD. Gesell-
schaft leisteten, aber noch nicht jedes Gefühl von Solidarität, Klassen-
bewußtsein und Klassenstolz verloren haben, unter der roten Fahne
des Sozialismus zu sammeln. Mehr denn je gilt heute die Parole:

Wo bleibt der zweite Mann?

Die Wirtschaftskrise dauert fort. Rund 4 1/2 Millionen Arbeits-
lose leiden mit ihren Familien Not. Der Kapitalismus verjagt.
Unter dem Deckmantel der „nationalen Selbsthilfe“ und der „Volks-
gemeinschaft“ bereiten sich die sogenannten Wirtschaftsführer auf
einen neuen Schlag gegen die Lebenslage der breiten Schichten vor.
Löhne und Gehälter — nicht etwa die der Generaldirektoren —
sollen weiter abgebaut, die sozialen „Kosten“ heruntergedrückt, die
Steuern für die Besitzenden gesenkt werden. Daneben Drosselung
der Einfuhr und gesteigerte Ausfuhr zu Schleuderpreisen auf Kosten
der Arbeiter und Angestellten, das ist das Programm dieser Wirt-
schafts„führer“. Seine Verwirklichung würde den Wirtschaftskrieg
in allerhöchster Form und damit weitere Vermehrung der Arbeits-
losigkeit und des Elends bedeuten.

Die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften führen
einen zähen Kampf gegen die Vorstöße der Reaktion auf wirtschaft-
lichem und sozialpolitischem Gebiet. Dabei werden sie von keiner der
sogenannten Arbeiterparteien unterstützt. Im Gegenteil, die National-
sozialisten und Kommunisten erschöpfen ihre ganze Kraft in einem
unsinnigen Kampf gegen die Sozialdemokratie und die freien
Gewerkschaften. Das ist Arbeit für die Reaktion. Mit
diesem Treiben muß endlich Schluss gemacht werden.

Genossinnen und Genossen! Seht euch zur Wehr. Sagt denen,
die falschen Propheten folgen, immer wieder:

Gebt uns die Mehrheit.

damit wir aus kapitalistischer Wirtschaftsanarchie Wirtschafts-
ordnung machen.

Gebt uns die Mehrheit.

damit wir den Arbeitslosen eine menschenwürdige Existenz sichern
können.

Gebt uns die Mehrheit.

damit wir eine Politik des Friedens und der Verständigung führen
und das Vertrauen der Welt zurückgewinnen können.

Stahlhelmparaden, Hilleraufmärsche, Drohungen, die Verträge
des deutschen Volkes mit anderen Staaten zu zerreißen, statt sie in
Verhandlungen zu ändern, haben Deutschland um das Vertrauen
der ganzen Welt gebracht, haben zu den großen Geldabzügen der
ausländischen Banken und zur gesteigerten Kapitalflucht geführt,
haben Hunderttausende arbeitslos gemacht und die Not unerträglich
verschärft.

Das alles läßt sich nur ändern, wenn wir die Irregelmäßigkeiten auf
den Weg der Vernunft zurückführen, wenn wir sie dem Sozialismus
gewinnen. Darum heißt unsere Parole:

Wo bleibt der zweite Mann?

Heißt mit, die Partei immer mehr zu stärken, allen Widerständen
zum Trotz!

Als wir zu Jahresanfang unseren Mitglieder zuriefen:

„Wo bleibt der zweite Mann?“

fanden wir die Zustimmung all derer, denen der Fortschritt der
Partei am Herzen liegt.

Manche meinten, die gestellte Aufgabe wäre zu gering. Im
ganzen Jahr 1931 nur ein einziges neues Mitglied zu werben, schien
eine zu bescheidene Aufgabe für einen begeisterten Sozialdemokraten.

So zeigen denn auch Mitteilungen aus allen Teilen Deutsch-
lands, daß eifrige Genossinnen und Genossen ein vielfaches von dem
erreichten, was wir im Namen des Sozialismus gefordert haben.
Auf der andern Seite sind noch viele im Rückstand, trotzdem
bereits zwei Drittel des Jahres verfloßen sind.

Au diesen rufen wir wiederum zu:

Wo bleibt der zweite Mann?

Wir zählen auf euch!

Verdoppelt eure Anstrengungen!

Folgt freudig eurem Pflichtgefühl und eurem

Gewissen!

Schafft uns die Mehrheit!

Gebt uns die Macht!

Berlin, den 1. September 1931.

Der Parteivorstand.

Vor dem Diskontabbau.

Zentralausschuß der Reichsbank einberufen.

Der Zentralausschuß der Reichsbank ist für heute
nachmittag, 4 Uhr, einberufen worden. Zur Beratung steht eine
Senkung der Zinsfüße des Zentralnoteninstituts. Man erwartet
einen Abbau des Reichsbankdiskonts von 10 auf 8 und
des Lombardfußes von 12 auf 10 Proz.

Sozialdemokraten bei Brüning

Besprechung über Wintermaßnahmen und Notverordnungen

Nachdem die Verhandlungen mit den verschiedenen Reichs-
tefforts abgeschlossen sind, wird Reichskanzler Dr. Brüning heute
nachmittag Vertreter der sozialdemokratischen Reichs-
tagsfraktion zu einer Besprechung empfangen.

Dabei werden die bevorstehenden Wintermaßnahmen der
Reichsregierung und die von den Sozialdemokraten geforderte Ab-
änderung der Notverordnung vom Juni erörtert
werden.

Haager Spruch gegen Zollunion?

Deutschland hat recht, aber Oesterreich unrecht.

Genf, 31. August.

Hier liegt eine Haager-Depesche vor, wonach das Gutachten
des Haager Gerichtshofes über den Plan einer deutsch-
österreichischen Zollunion zugunsten Deutschlands, je-

doch zugunsten Oesterreichs ausgefallen sei. Es werde
festgestellt, daß der Plan zwar nicht gegen die Verträge von
Versailles und St. Germain, wohl aber gegen das Genfer Protokoll
vom Jahre 1922 verstöße.

Der amtliche Wortlaut des Haager Urteils liegt zwar noch
nicht vor, doch wird in unferntesteten Kreisen berichtet, daß das
Haager-Telegramm das Haager Urteil in großen Zügen
richtig wiedergebe. Gegenwärtig sind bereits in Genf innerhalb
der zwischen den Abordnungen Beratungen im Gange, die der
Weiterbehandlung der Frage der Zollunion im Völker-
bundsrat auf Grund des Haager Gutachtens gelten.

Der englische Kredit gekündigt.

Wien, 31. August.

Durch eine Mitteilung des Finanzministers wird bestätigt, daß
die Bank von England den seinerzeit an Oesterreich gegebenen Vor-
schuß von 150 Millionen österreichische Schilling gekündigt hat.
Dieser Vorshuß war zunächst nur auf eine Woche berechnet und
wurde dann verlängert. Inzwischen sind die Verhandlungen mit
der Bank von England über die Rückzahlung des Vorshusses be-
endet worden. Die erste Rate von 28 Millionen Schilling muß
bereits in der nächsten Zeit flüssig gemacht werden. Außerdem ist
ein ungefähre ebenso großer Betrag in etwa einem Monat fällig.
Von englischer Seite wird erklärt, daß die Notwendigkeit einer
endgültigen Kündigung durch die Lage der Bank von
England bedingt sei.

Die Wirtschaftspartei verbedauert. Dem geschlossenen Austritt
sächsischer und rheinischer Wahlkreise aus der Wirtschaftspartei ist
jetzt das Ausscheiden des Kreises Reudersburg gefolgt. Die Maßnahme
wird damit begründet, daß der Parteivorstand die Dreyfuß sein
Amt noch immer nicht niedergelegt habe.

Ueber Pressefreiheit.

Sind die geltenden Notverordnungen haltbar?

Die Sozialdemokratische Partei ist und bleibt grundsätz-
liche Anhängerin der Pressefreiheit. Sie hat
die Pressefreiheit nicht nur als Forderung in ihrem Programm
stehen, sondern auch im November 1918 den entscheidenden
Schritt zu ihrer Herstellung getan. Seitdem hat sie ständig
im Kampfe gegen Strömungen gestanden, die — wie die
kommunistische und die ihr geistesverwandte faschistische —
die Presse mit Gewalt ausschließlich in ihren eigenen Dienst
zwingen will. Wenn heute trotz Notverordnungen und
Zeitungsverboten in Deutschland Blätter aller undenkbarsten
Richtungen erscheinen können, so nur deshalb, weil diejenigen,
die bei jeder Gelegenheit am lautesten über „Pressebedrückung“
schreien, glücklicherweise von der Macht noch recht weit ent-
fernt sind.

Damit ist nicht gesagt, daß der Zustand, wie er jetzt be-
steht, für die Sozialdemokratische Partei befriedigend ist. Ge-
wissh kann auch sie sich nicht auf den Standpunkt stellen, daß
alles erlaubt sein muß, wenn es nur gedruckt wird. Solange
Frau Reier vor den Strafrichtern muß, weil sie über
die Frau Müller Klatschgeschichten erzählt hat, wird man
einem Redakteur, der seinen Gegner beschimpft und ver-
leumdet, den gleichen Weg nicht ersparen können. Und solange
es nicht erlaubt ist, Mord und Totschlag anzustiften,
kann diese Erlaubnis auch der Presse nicht erteilt werden.

Darüber hinaus ist durchaus anzuerkennen, daß in Zeiten
drohenden Bürgerkriegs besondere Maßnahmen
notwendig werden können. Im Krieg und vor allem auch im
Bürgerkrieg wird alles zur Waffe, und die Presse ist eine der
schärfsten. Bei einer solchen Machtprobe wird jeder versuchen,
dem andern die Waffen zu entreißen, über die er verfügt; er
wird dem Gegner nicht gestatten, mit den Mitteln der Presse
seine Kampfziele zu verfolgen; er wird ihm vielmehr nach
Möglichkeit auch diese Waffe entwinden. Endet aber dieser
Kampf mit dem Sieg der Demokratie, so muß die Wiederher-
stellung des Friedens gleichbedeutend sein mit Wiederher-
stellung der Pressefreiheit.

Die Verordnungen des Reichspräsidenten vom 27. März
und 17. Juli dieses Jahres, die eine erhebliche Einschränkung
der Pressefreiheit mit sich brachten, finden in dem bürger-
kriegsnahen Zustand, in dem wir uns befinden, ihre Rechtfertigung.
Je eher dieser Zustand überwunden wird, desto
eher wird es auch möglich sein, diese Einschränkungen wieder
verschwinden zu lassen.

In der Zeit bis dahin darf jedoch die Sozialdemokratie
nicht müßig bleiben. Sie hat jederzeit die Möglichkeit, im
Reichstag einen Beschluß auf Aufhebung jener Verord-
nungen herbeizuführen. Wünscht die Reichsregierung einen
solchen Beschluß zu vermeiden, dann darf sie der Kritik,
die von sozialdemokratischer Seite an der Ausführung der Not-
verordnungen geübt wird, nicht ihr Ohr verschließen.

Zu solcher Kritik ist leider in der letzten Zeit mehr als
einmal Anlaß gewesen. Wir wollen auf Einzelfälle, über die
wir unsere Meinung schon deutlich genug gesagt haben, nicht
noch einmal eingehen. Wir meinen aber, daß solche Fälle
vermeidbar wären, wenn man sich überall stets des eigent-
lichen Zwecks der Notverordnungen bewußt bliebe. Dieser
allein zulässige Zweck ist aber im Artikel 48 der Reichsver-
fassung selbst vollkommen eindeutig umrissen, indem es dort
heißt, daß der Reichspräsident, wenn im Deutschen Reiche die
öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder ge-
fährdet wird, die zu ihrer Wiederherstellung nötigen Maß-
nahmen treffen kann. Jedermann wird zugeben müssen, daß
unter Berufung auf die Pressenotverordnungen mancherlei
geschehen ist, was mit dem Schutze der öffentlichen Sicherheit
und Ordnung auch nicht das geringste mehr zu tun hat.

Die unglücklichste Hand scheint uns bei alledem das
Reichsministerium des Auswärtigen bewiesen
zu haben. Es täte gut, von den Notverordnungen ganz seine
Finger zu lassen. Auf der anderen Seite ist es Aufgabe des
Reichsinnenministers, darüber zu wachen, daß die
Notverordnungen nur dort angewandt werden, wo das an-
gegebene der außerordentlichen Zeitumstände im Kampfe der
Republik gegen ihre Feinde unbedingt notwendig ist.

Wo die republikanische Staatsgewalt diesen Kampf nach
beiden Seiten führt, mit den außerordentlichen Mitteln, die
ihre von ihren Gegnern ausgezogenen worden sind, wird die
Sozialdemokratische Partei ihr nicht in den Arm fallen. Sie
könnte und würde aber nicht ruhig zusehen, wenn mit ungleichem
Maße gemessen werden oder wenn die Anwendung der Notver-
ordnungen zu Willkür und Schikane ausarten sollte. Besonders
sollen Zeitungsverbote nur dort ausgesprochen
werden, wo das Notwehrrecht des Staates dies unbedingt er-

Das Reich und die Banken.

Entscheidung nicht mehr zu verzögern.

Das Reich hat das deutsche Bank- und Kreditwesen vor dem Zusammenbruch gerettet, zwei Großbanken, die Danat-Bank und die Dresdner Bank, mit großen Kapitalmitteln saniert und das gesamte Risiko übernommen. Die Banken sind nicht schuldlos Opfer eines über sie hereinbrechenden Naturereignisses geworden, sondern haben durch die eigene fehlerhafte Geschäftsführung und Kreditpolitik ihre Gefährdung in beträchtlichem Maße selbst verschuldet. Nicht aus freiem Entschluß hat das Reich die großen Risiken und Kapitalien übernommen, sondern

dieses Handeln wurde dem Reich aufgezwungen, da sonst der Zusammenbruch drohte und schwerste Schädigungen der Anleger wie der Kreditnehmer mit unabsehbaren Folgen für die Gesamtwirtschaft eintreten

mussten.

Da heute schon drei Wochen nach der Wiedereröffnung der Bankhäuser, sich Leute finden, die auf die Gedächtnisschwäche der Massen spekulieren und den Mut besitzen, wie der forsche Anwalt der oppositionellen Dresdner-Bank-Aktionäre, von „einer Ausbeutung der Notlage der Banken durch das Reich zu sprechen“, ist es gut, daß die Dresdner Bankverwaltung in der Generalversammlung von ihrer Seite her den wirklichen Sachverhalt noch einmal darstellte:

„Die Dresdner Bank ist zum Reich gekommen und hat um Hilfe ersucht“.

— das ist die Vorgeschichte.

„Wir können nicht mehr zurück, wir brauchen die 300 Millionen“, — so ist die jetzige Lage nach den Äußerungen des Aufsichtsratsvorsitzenden der Dresdner Bank.

In der Generalversammlung haben verschiedene Aktionäre gefordert, daß der „privatwirtschaftliche Charakter“ der Dresdner Bank erhalten bleiben müsse. Allerdings sind keine Großaktionäre oder befreundete Bank- oder Finanzgruppen mit dem Anerbieten aufgetreten, für das Reich in die Bresche zu springen, das Reichsrisiko und die Reichsbeteiligung abzulösen, wohl aber hat ein Aktionär aus Bankkreisen die Anregung gegeben, das Reich möge doch auch den privaten Aktionären ihre Stammaktien in Sachanweisungen umtauschen.

Staatliche Risikoübernahme und Beteiligungen größeren Ausmaßes an den Schlüsselpositionen der Wirtschaft verpflichten gegenüber den Steuerzahlern, gegenüber der Gesamtwirtschaft zur Kontrolle, Einflußnahme und Mitverwaltung — doppelt und dreifach nach den Vorgängen der letzten Wochen und den Sünden der deutschen Bankenpolitik. Wir können aber bisher nicht feststellen, daß die Regierung die entsprechenden Konsequenzen gezogen hat. Die Rekonstruktion der Dresdner Bank bietet keine, auch nur annähernd angemessene und ausreichende Sicherung für eine unabhängige öffentliche Kontrolle, geschweige denn für die Mitverwaltung. Die Danat-Bank-Sanierung bleibt nach wie vor in völliges Dunkel gehüllt.

Im Aufsichtsrat der Dresdner Bank erhält das Reich, das heute über mehr als vier Fünftel des Aktienkapitals der Bank verfügt, noch nicht ein Fünftel der Aufsichtsratsstimme. Von den acht vom Reich entsandten Mitgliedern entschlummern obendrein noch zwei privaten Bankkreisen. In dem wichtigsten Gremium des Aufsichtsrats, dem Kredit- und Personalausschuß, wird die Gruppierung faktisch so sein, daß vier Repräsentanten des privaten Bankwesens nur drei als eigentliche Delegierte der öffentlichen Hand anzusehende Vertreter gegenüberstehen.

Die notwendige Reform nach Umbesetzung des Vorstandes ist unverständlichernfalls völlig unterblieben.

Hier hat sich das Reich in größter Bescheidenheit damit begnügt,

einen bisherigen Direktor der Commerzbank als seinen Vertreter neu in den Vorstand zu ernennen.

Wir können diese völlig unzureichenden Personaländerungen nicht als abschließende Reorganisationsmaßnahmen ansehen, halten es vielmehr für unerlässlich, daß das Reich entsprechend seinem großen Risiko sich in den Kontrollinstanzen und der Verwaltung der von ihm beherrschten Banken durch unabhängige sachkundige Vertrauensmänner den ihm gebührenden Einfluß sichert.

Wenn schon die bisherige Lösung bei der Dresdner Bank alles andere als befriedigt, so muß es noch viel stärker befremden, daß die Reichsregierung sich über den Aufbau der Danatbank noch immer auschweigt.

Der Staatskommissar hat gleichfalls bis heute keinen Bericht über die Danatbanksanierung gegeben.

Alles, was wir bis heute erfahren haben, ist jenes kurze Kommuniqué, wonach die Danatbankmajorität mit Reichsmitteln zunächst gratis und franks an die „befreundete Großindustrie“ überlassen werden soll, die nach fünf Jahren gnädigt beginnen will, die Kaufsumme an das Reich abzugeben. Die Ankündigung dieser Transaktion, die praktisch auf die kostenlose Auslieferung der Danatbank bei Fortdauer des unbeschränkten Reichsrisikos hinausläuft, hat bis in die Kreise des Bürgertums hinein die stärkste Entrüstung hervorgerufen.

Bis heute ist aber von amtlicher Seite nicht einmal der Behauptung widersprochen worden, daß einzelne der befreundeten Großkonzerne bzw. der Nachhaber in sehr engen Kreditbeziehungen zur Danatbank stehen und teilweise deren Großschuldner sein sollen; so ist bis heute nichts über die Millionen-schulden des Hugenberg-Konzerns verlaublich, nichts über die Verwaltung des vom Reich erworbenen Aktienpakets bis zu seiner Bezahlung durch die Großkonzerne, endlich auch nichts über den notwendigen Umbau der Danatbankverwaltung. Wiederholt ist über alle diese Fragen Aufklärung von der Regierung oder durch den Staatskommissar gefordert worden.

Wir würden es für unverantwortlich halten, wenn man

die Danatbank trotz aller Warnungen der Großindustrie ausliefern

würde; wir halten es nach wie vor für das mindeste, daß die mit Reichsmitteln erworbene Aktienmajorität vom Reich verwaltet wird, daß das Reich sich dauernde ausreichende Kontroll- und Verwaltungsrechte bei der Danatbank unverzüglich sichert, für die sie alle Garantien und Risiken übernommen hat. Hierüber wie über den gesamten dunklen Fragenbereich der Danatbank muß endlich Klarheit geschaffen werden.

Darüber hinaus scheint es nunmehr auch an der Zeit, daß die Regierung sich endlich

zur Durchführung der Bankenaufsicht und der Kreditkontrolle

entschließt. Die Regierung hat inzwischen sich von Sachverständigen beraten lassen, wobei nach der Auswahl von vornherein feststand, daß die meisten der hinzugezogenen Sachverständigen ihre Aufgabe lediglich darin erblickten, die Regierung nicht hinsichtlich der Formen der Aufsicht zu beraten, sondern ihre nur dringend von jeglicher Maßnahme abzuhalten. Wir glauben, daß angesichts der großen kreditpolitischen Aufgaben der nächsten Wochen und zur Behebung der Vertrauenskrise hier nicht mehr länger Zeit verloren werden darf, sondern daß die Regierung unverzüglich die Vollmachten und Einrichtungen für eine wirksame und durchgreifende Bankenaufsicht und Kreditkontrolle schaffen muß.

Der ökonomische Richtangriffspunkt.

Litwinoff gegen wirtschaftliche Unterscheidungen.

Genf, 31. August. (Eigenbericht.)

Das Unterausschusses des Europa-Ausschusses beschäftigte sich am Montag mit dem von Rußland vorgelegten Plan eines wirtschaftlichen Richtangriffspunktes. Nach Litwinoffs Erläuterungen ergab sich wiederum wie im Mai allgemeine prinzipielle Zustimmung. Der Ausschuss erklärte sich jedoch außerstande, angesichts der vielen ungelösten Rückwirkungen eines so bedeutsamen Vertrages bereits endgültig Stellung zu nehmen. Es wurde deshalb beschlossen, zunächst das ganze Werk einem Redaktionsausschuß anzuvertrauen, der es später der Europa-Kommission anheimstellen wird, an welchen Ausschuss des Völkerbundes der Pakt zur endgültigen Beratung und Stellungnahme überwiesen werden soll.

Litwinoff lehnte es zu Beginn der Sitzung ab, seinen Entwurf zu verteidigen, da er so durchsichtig sei, sein Aufbau so einfach und seine Ziele so einleuchtend seien, daß er keines Kommentars bedürfe. Um aber geäußerte Zweifel zu zerstreuen, erkläre er, der Pakt sei aufgebaut auf dem Prinzip der Nichtdiskriminierung. Dieses Prinzip schließe die Ausschaltung eines Landes aus durch Schaffung von Wirtschaftsbedingungen für dieses Land, die es in eine benachteiligte Stellung gegenüber anderen Ländern bringen könnten. Daher stelle dieses Prinzip eine andere und umgekehrte Wirkung des Prinzips der Meistbegünstigung dar und es garantiere den Unterzeichnern den Schutz vor spezifisch schädlicher Behandlung, die nicht auf andere Staaten angewandt werde. Die Diskriminierung oder die Anwendung wirtschaftsschädigender Maßnahmen werde daher bedingen, daß wirtschaftliche Angriffe international als ungesetzlich gelten müssen. Die Meistbegünstigung werde in nichts durch den Pakt eingeschränkt, ebensowenig mögliche Maßnahmen zur Verteidigung der nationalen Produktion, soweit sie alle Länder betreffen und nicht nur gegen ein einzelnes Land gerichtet seien. Die Beseitigung des wirtschaftlichen Angriffs stelle eine wesentliche beruhigende Wirkung dar und die Ausschaltung einer wichtigen Krisenursache. Viele Delegierte hätten im Prinzip bereits im Mai den Ideen des Paktes zugestimmt, aber erklärt, sie könnten ohne Rücksprache mit ihren Regierungen keine Stellung nehmen. Seitdem wären für Studium und Beratungen bereits vier Monate verstrichen. Deshalb sei zu hoffen, daß alle Delegierte jetzt endgültig die Stellung ihrer Regierungen darlegen könnten. Litwinoff schloß mit der Bereitschaft, alle Anregungen, die die Grundidee des Paktes nicht beseitigen, gerne anzunehmen.

Als erster Diskussionsredner begrüßte Grandi-Italien aus wärmster Litwinoffs Vorschlag und erklärte die Bereitschaft seiner Regierung, dem Pakt mit einigen Modifikationen beizutreten. Boncetti-Frankreich erklärte dagegen, daß es unmöglich sei, jetzt schon eine endgültige Stellungnahme vorzunehmen. Es seien ferner ungeklärte Fragen in dem Pakt, daß ihn nichts dazu bestimmen könne, jetzt schon eine Entscheidung zu treffen. Ebenso be-

halten andere Redner die Schwierigkeiten, die sich aus der Verschiedenheit der Handels- und Wirtschaftssysteme, aus der Meistbegünstigungsklausel und aus Präferenzverträgen ergeben würden. Endlich machte Reichsaussenminister Curtius den Vermittlungsvorschlag, der oben gekennzeichnet ist und der auch angenommen wurde.

Der Besuch Lavals und Briands.

Genf, 31. August. (Eigenbericht.)

Der Besuch Lavals und Briands wird voraussichtlich nach Schluß der Völkerbundstagung am 25. und 26. September in Berlin erfolgen.

Briand wird erst am 7. September in Genf eintreffen. Der Arzt hat ihm empfohlen, seine Kur um eine Woche zu verlängern.

Mussolini meidet Berlin.

Arge Betrübnis schafft das Hugenberg'sche Montagsblatt seinen Lesern durch den Abdruck folgender Londoner Meldung:

Der römische Korrespondent des „Observer“ gibt die Ansicht wohlunterrichteter Kreise wieder, daß Mussolinis Besuch in Berlin wegen seiner persönlichen Sicherheit und aus innerpolitischen Gründen auf unbestimmte Zeit verschoben werden wird. In Italien würde der Duce von einer besonderen Kriminalpolizei bewacht, die Vollmachten hätte, wie sie die Polizei im Ausland nicht ausüben könne. Schon bei seinem Besuch in der Schweiz hätten die Schweizer Behörden zu verstehen gegeben, daß sie ein zweites Mal die Verantwortung nicht übernehmen könnten. Selbst wenn Mussolini nach Berlin fliegen würde, so wäre damit das Problem in Berlin selbst noch nicht gelöst. Außerdem halte er die Verwaltung des ganzen Staatswesens so eifrig in seiner eigenen Hand, daß schon eine kurze Abwesenheit große Unannehmlichkeiten mit sich bringen würde.

USA. beseitigt das Staatsdefizit.

Eine 1100-Millionen-Dollar-Anleihe.

Die Regierung der Vereinigten Staaten wird demnächst eine Riesenanleihe von 110 Millionen Dollar ausgeben, um ohne Steuererhöhung das 900-Millionen-Dollar-Defizit für 1930/1931 zu decken und außerdem noch einen Teil des neuen Defizits im laufenden Haushaltsjahr. 800 Mill. Dollar werden auf 25 Jahre zu 3 Proz., 300 Mill. Dollar einjährig zu 1 1/2 Proz. begeben.

Das reiche Amerika hält es also für falsch, während der Krise die Staatsausgaben und damit die Kaufkraft zu droffen oder die Steuern wesentlich zu erhöhen. Im kreditentblöhten und im Verhältnis zu den USA. armen Deutschland hält man es für richtig, auf der einen Seite die Staatsausgaben und damit die Kaufkraft immer weiter zu droffen, und auf der anderen Seite nicht brückende Kredite in Riesenbeträgen zurückzugeben oder gar Milliardensteuern abzubauen. Die deutsch. Ministerialbürokratie täte gut, diesen Gegensatz zu bedenken.

fordert. Sinn dieses Kampfes kann nur sein, die staatsbürgerlichen Freiheiten der Demokratie gegen ihre Feinde zu verteidigen, die sie vernichten wollen. Die Republik darf diesen Kampf nicht so führen — —, daß zum Verteidigen schließlich nichts mehr übrig bleibt!

Braunschweiger Rechtskabinett in Rötten

Nazis wünschen einen eigenen „Vollziehungsbeamten der Brüning-Diktatur“.

Braunschweig, 31. August. (Eigenbericht.)

Die Nazis wollen auf den zweiten braunschweigischen Minister nicht verzichten. Diesen überraschenden Beschluß teilten sie heute abend den bürgerlichen Rechtsparteien mit. Die Hakenkreuzler lehnen sich nicht daran, daß ihnen der demissionierte Minister Franz von Selenke mit seiner Begründung, nicht länger „Vollziehungsbeamter der Brüning-Diktatur“ sein zu können, den Weg zum Kabinett verbaut hatte. Unter Aufrechterhaltung ihrer früheren Forderung auf den Posten des Innen- und Kultusministers sehen die Nazis die übrigen Koalitionsparteien wissen, daß über die Person Adolf Hitler allein bestimmt werde.

Durch die neueste Schwenkung ist es den gegenwärtig regierenden bürgerlichen Parteien unmöglich gemacht worden, die letzte Rotverordnung, die den Ländern Diktaturvollmacht gibt, zum Zweck der weiteren Herabsetzung der Zahl der Minister auf einen zu benutzen, denn blieben die Rechtsparteien bei dieser Absicht, so würde die Koalition aufliegen.

Kommunistische Terrorgruppen.

Neue Norddrohungen gegen Polizeibeamte.

Wilhelmshaven, 31. August. (Eigenbericht.)

Dem Leiter des Revierdienstes der hiesigen Schutzpolizei, Hauptmann Siemsen, haben Kommunisten einen Drohbrief übermittelt, in dem man dem Beamten den gleichen Tod ankündigt wie den Berliner Hauptleuten Anlauf und Lent. Die Bilder der beiden Berliner Mordopfer waren dem Brief beigegeben. Unterzeichnet war das Schreiben „Die roten Rächer“.

Die Polizei hat inzwischen einen Kommunisten festgenommen, der als der mutmaßliche Täter gilt. Vorläufig aber hat dieser Kommunist weder ein Geständnis abgelegt, noch sich überhaupt zur Sache geäußert.

Kommunisten überfallen Polizeibeamte.

Essen, 31. August.

In den späten Nachmittagsstunden des Sonntag marschierten etwa 60 Kommunisten in geschlossenem Zuge die Altendorfer Straße entlang. Als Polizeihauptwachmeister Katska und Oberwachmeister Dubeler den Namen des Anführers feststellen wollten, stürzten die Kommunisten sich auf die Beamten und schlugen mit Stöcken auf sie ein. Katska erhielt eine stark blutende Wunde.

Zusammenstöße im Erzgebirge.

Oelsnitz (Erzgebirge), 31. August.

Der Kampfbund gegen den Faschismus, Ortsgruppe Oelsnitz, hatte am Sonntag zu einem Jugendabend aufgerufen.

Die zuständige Behörde hatte die Veranstaltung zwar genehmigt; die Beteiligung auswärtiger Kampfbundtrupps aber verboten. An einem Demonstrationzug beteiligten sich jedoch auch auswärtige Kampfbundmitglieder, so daß die Polizei zur Auflösung schreiten mußte. Dabei kam es zu schweren Zusammenstößen. Die Polizei wurde von dreifacher Uebermacht mit Faustläden hart bedrängt, so daß sie schließlich Schreckschüsse abgeben mußte. Bei dem Handgemenge wurden mehrere Polizeibeamte verletzt.

Ein weiteres Todesopfer des Terrors.

In Hamburg ist der am 27. August in der Chateaufstraße angeschossene 43jährige Polizeiwachmeister Wilhelm Berste im Krankenhaus verstorben.

Straßentumulte in Düsseldorf.

33 Personen festgenommen.

Düsseldorf, 31. August.

Im Gerresheimer Hüttenviertel kam es am Sonntagabend nach 22 Uhr zu größeren Ansammlungen, bei denen wiederum die Straßen beschmutzt, Laternen zertrümmert und die einschreitenden Beamten mit Steinen beworfen wurden. Die Polizei nahm 33 Personen fest, von denen 21 in Polizeigewahrsam behalten werden, da sie des Aufruhrs bzw. Landfriedensbruchs verdächtig sind.

Thomas verläßt die Eisenbahnerverband

Abschied unter Tränen.

London, den 31. August.

Der sozialistische Minister für die Dominien und die Kolonien, J. H. Thomas, verließ am Montagnachmittag unter Tränen die Sitzung des Vollzugsausschusses der Eisenbahnergewerkschaften, die ihn wegen seiner Zugehörigkeit zur Nationalregierung zur Niederlegung seines Amtes als Generalsekretär der Gewerkschaft aufgefordert hatten. Thomas ist der Aufforderung der Gewerkschaften nicht nachgekommen, hat jedoch sein Amt aus freien Stücken niedergelegt.

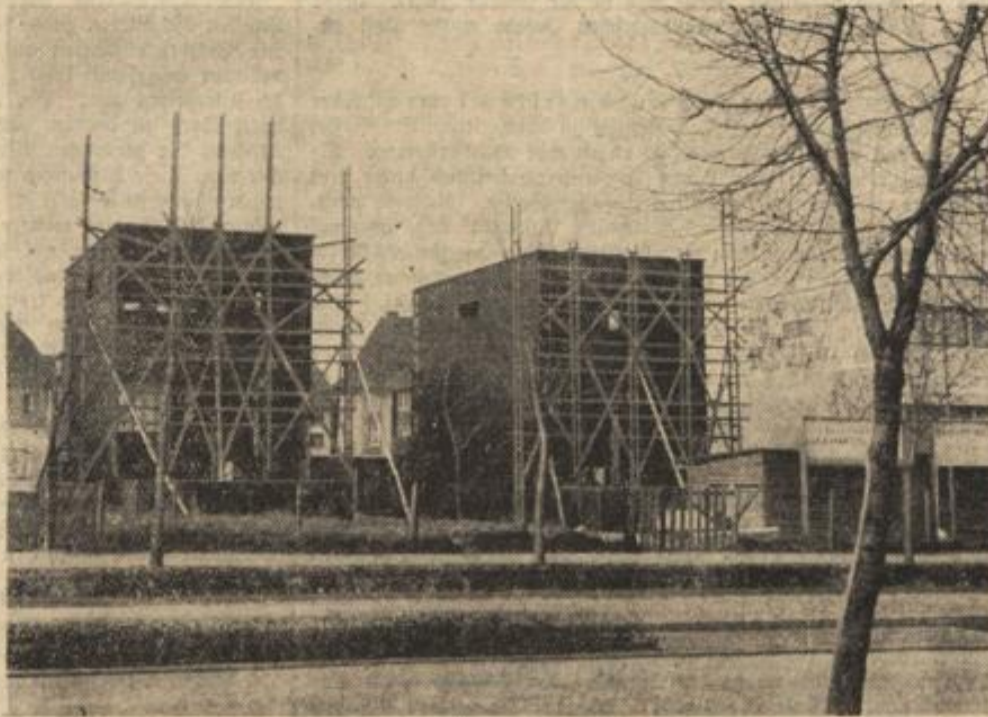
In einem herzlichen Abschiedsbrief an die Eisenbahner betont Thomas, daß sein Uebertritt zur Nationalregierung eine wohlüberlegte Handlung gewesen sei, und daß er in bestem Glauben gehandelt habe, dadurch nicht nur den Eisenbahnern, sondern auch der Nation den besten Dienst zu erweisen. Nachdem er als elfjähriger Maschinenpuher den Gewerkschaften beigetreten sei, habe er ihnen seit 35 Jahren angehört und dies allein sollte der beste Beweis für die Aufrichtigkeit seiner Handlungsweise sein. Um aber keinesfalls eine Spaltung in der Bewegung herbeizuführen, verzichte er freiwillig auf die ihm zustehende Berufungsmöglichkeit gegen die Entscheidung des Vollzugsausschusses.

Der Eisenbahnerwohlfahrtsrat in Derby, den Thomas seit über 20 Jahren im Parlament vertritt, hat an ihn ein herzliches Schreiben gerichtet, in dem ihm seine Parteigliedern ihr volles Vertrauen ausdrücken.

Aufstandsversuch im Modriker Zentralgefängnis. Im Modriker Zentralgefängnis versuchten politische Häftlinge gemeinsam mit einer außerhalb des Gefängnisses versammelten Menschenmenge einen Aufstandsversuch, der durch starke Polizeikräfte im Keim erstickt wurde.

Häuser, die nicht fertig werden

Der Breitenbachplatz, der durch seine bauliche Erschließung zu einer der schönsten Schmuckinseln des westlichen Berlins geworden ist, wird auch als Versuchskaninchen für allerlei Baustile und Bauarten benützt. So sind gleich am Eingang zur Podbielskiallee eine Reihe von Villen entstanden, die in dem neuen Stahlskelettbauverfahren aufgeführt werden. Während einige der neuen Villen wie gläserne Schmetterlinge in aller Neuheit und Schönheit prangen, sind zwei dagegen in ihrem larvenähnlichen Zustand zurückgeblieben. Uns will es dünken, eigentlich schon recht lange Zeit! Zwei Jahre lang erheben sich wie zwei riesige schwarze Kohlenkästen die unausgeführten Bauten in der Straßenfront, wirkliche Skeletts, denn man kann durch das Innere hindurchsehen. Die dünnen Platten zwischen den Stahlrahmen, aus dem das ganze Haus besteht, sind von außen und innen mit einer Teerpappenschicht zur Isolierung bekleidet, kein schöner Anblick! Hoffen wir, daß doch noch nachträglich aus



Am Breitenbachplatz ragen seit längerer Zeit diese unfertigen Stahlskeletthäuser in die Luft

den modernen Hausruinen schmucke Bauten werden, ebenso schön und zweckmäßig wie die Nachbarn rechts und links von den jetzt noch „durchsichtigen“ Häusern. Sonst aber sollte man die halbfertigen Bauten bald wieder aus der Landschaft verschwinden lassen.

Sturz aus dem fünften Stock. Selbstmord des Bankiers Josef Molling.

Aus einem Fenster des fünften Stocks im Hause Rantestraße 1 Ecke Kurfürstendamm 237, wo sich ein Lichtheilinstitut befindet, sprang gestern mittag ein älterer Mann auf den Hof hinunter und blieb leblos mit zerstückelten Gliedern liegen. Der Tote wurde aus den Papieren, die man in der Kleidung fand, als der 54 Jahre alte Bankier Josef Molling aus der Ahornallee 25, der Inhaber des Bankgeschäfts A. Molling, Berlin W. 9, Lennestraße 4, festgestellt, der sich in der Absicht, Selbstmord zu begehen, aus dem Fenster gestürzt hatte.

Josef Molling, dessen Bankgeschäft hauptsächlich der Finanzierung von Lotterienunternehmungen dient, ist einer breiteren Öffentlichkeit als Schöpfer des „Mollingschen Lotteriereformplans“ bekannt geworden, der seinerzeit ausführlich in der Fach- und Tagespresse diskutiert wurde, aber nicht zur Durchführung kam. Der Selbstmord des Bankiers soll nicht auf geschäftliche Schwierigkeiten zurückzuführen sein; als Motto ist vielmehr das schwere Nervenleiden anzusehen, an dem Molling seit längerer Zeit litt. Er befand sich wegen seiner hochgradigen Nervenzerrüttung seit vielen Monaten in ärztlicher Behandlung. Höhen- und Sonnenbestrahlung sollte ihm Heilung bringen. Deshalb ließ sich Molling im „Lichtbad am Zoo“ behandeln, das er auch gestern mittag wieder aufsuchte.

Als die behandelnde Assistentin einen Augenblick die Behandlungskabine verlassen hatte, öffnete Molling, der in den letzten Wochen über besonders starke seelische Depressionen klagte, das Fenster und sprang in die Tiefe.

Der unmögliche Meineidsparagraf. Ehrbare Motive und dennoch Zuchthaus.

Das Schwurgericht beim Landgericht III unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Kambs verurteilte den 45jährigen früheren Musiklehrer H. wegen Meineides zu einem Jahr Zuchthaus und zwei Jahren Ehrverlust. Die Fahrlässigkeit zur Eidesleistung wurde ihm für dauernd aberkannt.

H. war mit einem gewissen J. befreundet, dem er in einer Kriegervereinstapelle Beschäftigung verschafft hatte. Als bei einer Kaffeetafel in Gegenwart von H. die Freundin des J., ein Fräulein H., anrief und mit J. sprach, kam Frau J. hinzu und beleidigte ihren Mann und Fräulein H. in ehrenrühriger Weise. In einem darauf folgenden Beleidigungsprozeß gegen Frau J. erklärte H. bei der kommissarischen Vernehmung vor dem Amtsgericht in Schweine münde unter Eid, er könne sich an diese Beschimpfung nicht mehr erinnern. Einige Zeit später, nachdem das Urteil in dem Beleidigungsprozeß Rechtskraft erlangt hatte, gab er jedoch anderen Bekannten gegenüber gesprächsweise zu, er hätte schon etwas von

den Schimpfereien aussagen können, doch habe er die Frau J. schätzen wollen. Auch seinem Freund gegenüber hat er das zugegeben. Der Angeklagte, der in der jetzigen Verhandlung durchaus reumütig und geständig war, gab zu, den Meineid mit vollem Bewußtsein geleistet zu haben in dem Bestreben, Frau J. in Schutz zu nehmen. Das Gericht sagte mit Rücksicht auf das Verhalten des Angeklagten zu, sein Gnädigkeitsgesuch zu befürworten und betonte dabei, daß es nur ehrbare Motive gewesen seien, die ihn zu dem Meineid verführt hätten.

Das Kindersterben von Lübeck. Auf sozialdemokratischen Einfluß hin, half der Staat.

Lübeck, 31. August. (Eigenbericht.) Mehr als hundert Säuglinge sind Anfang dieses Jahres durch falsche Behandlung mit dem Calmette-Präparat gestorben. Eine große Anzahl von Kindern ist heute noch krank. Erfreulicherweise kann — bei aller Würdigung der Tragik dieses Massensterbens — heute gesagt werden, daß die Gefahr des Todes bei den allermeisten der jetzt noch kranken Kinder als gebannt angesprochen werden kann. Gestern teilte das Lübecker Polizeiamt mit, daß sich im allgemeinen das Befinden der mit dem Calmette-Präparat genährten und danach erkrankten Kinder im Laufe des Sommers gebessert hat. Die letzten ärztlichen Befunde hätten ergeben, daß man heute von schwerkranken Kindern überhaupt nicht mehr sprechen könne. Leider ist freilich die Zahl der schon gestorbenen allzu groß. Als „bei sonst gutem Allgemeinbefinden mittelschwer erkrankt“ wurden vier Kinder gekennzeichnet, leicht erkrankt sind 84 Kinder, 80 Kinder, so heißt es, sind gesund. Bei ihnen aber war, so wird gesagt, schon vor der Behandlung mit dem Calmette-Präparat eine Infektion vorhanden. Sieben mit dem Präparat behandelte Kinder sind wieder vollkommen gesund.

Dem Eingreifen der sozialdemokratischen Senatoren und Bürgerschaftsmitglieder ist die Hilfsaktion des Lübeckischen Staates zu danken. Der Lübeckische Staat wendete an Kosten bisher im ganzen 331 000 M. auf.

Der Prozeß gegen die wegen fahrlässiger Tötung angeklagten Lübecker Ärzte wird endlich im Laufe des Herbstes stattfinden.

Autoabsturz in der Todeskurve. 11 Insassen getötet, 26 verletzt.

Paris, 31. August. Wie aus Lugo in Spanien berichtet wird, stürzte dort ein mit 50 Ausflüglern besetzter Autobus in einer als gefährlich bekannten „Todeskurve“ einen 15 Meter tiefen Abhang hinunter. Sieben Insassen wurden sofort getötet. Von den dreißig Verletzten sind vier bei der Einlieferung ins Krankenhaus gestorben. Der Unfall ist vermutlich darauf zurückzuführen, daß der Wagenführer die Kurve mit zu hoher Geschwindigkeit nehmen wollte.

Haftbefehl gegen Kommissar Dubral.

Der Vernehmungsrichter im Polizeipräsidentium hat gegen den Kriminalkommissar Dubral wegen mehrfachen Betruges und Meineides Haftbefehl erlassen. Dubral wird dem Untersuchungsgefängnis Moabit zugewiesen.

Dachstuhlbrand in Berlin N. In der zehnten Abendstunde wurde gestern die Feuerwehr nach dem Hause Rückertstr. 3 gerufen, dessen Dachstuhl in ziemlicher Ausdehnung in Flammen stand. Unter Leitung von Oberbaurat Reinicke rückten mehrere Löschzüge heran, denen es gelang, den Brand zu lokalisieren. Die Löscharbeiten gestalteten sich infolge der Finsternis außerordentlich schwierig. — Zu gleicher Zeit brach auch im alten Straßenbahndepot in der Köpenicker Landstraße 66 in Treptow ebenfalls ein größerer Brand aus, der unter Leitung von Baurat Roack mit mehreren Rohren erfolgreich bekämpft wurde.

WENN DER KURS FÄLLT

ROMAN VON Fily Scherret.

„Rein, ich verkaufe nicht.“ James sagt es so gleichgültig, als ob es sich um einen Auftrag für das Dienstmädchen handelt. Er wendet sich ab, um Direktor Marx zu begrüßen. „Brauchen ihm nicht sofort brühwarm zu erzählen, daß ich keine Aktien haben möchte“, faucht Konsul Damme. „Was fällt Ihnen ein!“

Erikson ist darüber unterrichtet, wie sehr ihn Damme schätzt. Am liebsten würde ihm der Konsul die Augen ausraufen. Der Fall ist kompliziert. Damme steht in der Schuld Eriksons, schon seit ein paar Monaten. Damals war ein Fischdampfer meistbietend zu verkaufen. Eine günstige Diferste! Irgendeine Firma hatte das Zeitliche gefegnet. Auch kanadische Eisenbahnen können unmotiviert fallen. Weiß man in Deutschland, wer über die Aktien kommandiert? Der Fischdampfer geriet darum unter den Hammer, und Konsul Dammes ganzes Herz hing an diesem Dampfer, er wollte ihn unter allen Umständen besitzen. Sein Geld stak in einer anderen Unternehmung, und Erikson half aus. Allerdings gerieten die Zinsen zu hoch, was Damme nie verzeihen wird.

Erikson überfieht die bösen Blicke. Er braucht sich nicht darüber aufzuregen.

„Können Sie nicht Ihrem Schwager raten, die Aktien zu verkaufen“, er ergreift Manfreds Arm. „Der Damme ist total verrückt darauf, und James würde sehr gut daran verdienen.“

Eigentlich hat er kein Interesse daran, gewisse Idioten zur Vernunft zu bringen. Er gibt nur aus einer menschenfreundlichen Neigung Ratsschläge. Niemand kennt genau die Tücken der Börse, vielleicht kommt alles anders. Bitte schön! Sein Geld ist in sicheren Unternehmungen investiert. Die Deutsche Bank trotzt allen Stürmen.

„Ich habe keinen Einfluß auf meinen Schwager.“ Manfred zuckt bedauernd die Achseln. Er schüttelt Heinrich Silvester, der soeben mit Harry erkrankten ist, die Hand. Heinrich wirkt mit seinem iadellosen Frack wie ein Diplomat der alten Schule.

„Na, wenn Sie nicht verkaufen wollen, Silvester“, kräht Konsul Damme, kann ich Ihnen nicht helfen. Ich habe einen sehr anständigen Preis gemacht.“

„Ja, ja, Weltkohl!“ orakelt Direktor Marx mit direktorialer Würde. Er fühlt sich nicht richtig wohl. Räume und Menschen halten noch Distanz zu ihm, sind ihm fremd. Er geht wie auf Glätte.

Möchte nur wissen, woher Damme das Geld für die Spekulation hernehmen will, überlegt Erikson. Er sagt aber nichts. Schließlich verfügt jeder vernünftige Mensch über genügende, finanzielle Hilfsquellen.

„Hören Sie, Damme, warum soll ich jetzt den Posten abstoßen.“ James ist nachdenklich geworden. „Ich habe Zeit.“

Damme schnauft und wischt sich mit einem großen, seidenen Taschentuch über die schweigende Blase. „Für mich ist der Fall erledigt.“

James empfindet bei diesen Worten einen Stich. Vielleicht hätte er doch akzeptieren sollen. Schnell überschlägt er in Gedanken den Verdienst. Nach Abzug der Spesen würden ihm immerhin 25 Proz. Reingewinn bleiben. Eine schöne Summe, aber sie ist noch nicht hoch genug. Und dann diese blühende Konjunktur!

„Liebste, Beste...“ Die verwitwete Frau Regierungsrat Telles begrüßt Fränze mit einer behutamen Umarmung. Frau Telles tritt immer in schwarzer Seide auf. Der hohe Kragen mit den Fischbeinstäben verleiht dem Kopf eine unnatürlich steife Haltung. Ihr Sohn Gert, stud. jur. im zwölften Semester und immer noch ohne Referendar, läßt Fränze die Hand und begibt sich, nachdem er Manfred vorgestellt worden ist, zu Harry, der jetzt eine eifrige Konversation mit Nora Marx betreibt.

„A' Abend, Kleiner!“ ruft ihm Harry entgegen. „Kinder schaut euch den Aronius an, wie er vor Manfred Männchen macht. Einfach zum Niesen!“

Dr. Hermann Aronius, der Musikreferent der „Morgenzeitung“ verbeugt sich mit Anstand vor Manfred Grumacher. Fränze hat soeben die Vorstellungszereemonie erledigt. Doktor Aronius trägt einen ernsten, schwarzen Gehrock zur Schau, der die französische Glockenform aufweist. Der schöne Barbarossahart wackelt über dem delikate geknäpften Plastron. Einer Unterhaltung über künstlerische Fragen steht nichts im Wege, aber Manfred verpürt wenig Lust, tief sinnige Auseinandersetzungen des kritisierenden Oberlehrers vom Russen-Institut anzuhören. Analogien über den Charakter Tannhäufers sind ihm verhasst. Als wohlherzogener Mann setzt er

jedoch eine liebenswürdige Miene auf und sehnt sich nach Erlösung.

„Darf ich dich einen Augenblick sprechen? Entschuldigen Sie, Herr Doktor!“ Heinrich Silvester zieht Manfred in eine Ecke.

„Gottseidank, daß du mich von diesem Weihnachtsmann lossestest.“ Manfred strahlt. „Das Geschleime über Kunst ertrage ich nicht.“

„Bei mir wird dir noch schlechter werden.“ Heinrich Silvester zögert. Dann reißt er sich zusammen. Man muß den Stier bei den Hörnern packen und ihn in die Knie zwingen. „Also um es kurz zu machen: ich brauche Geld! James hat alles flüssige Kapital in Aktien hineingebuttert, und ich muß in den nächsten Tagen ein paar Bechsel einlösen.“

„Geht dein Geschäft schlecht?“

„Schlecht ist kein Ausdruck dafür. Woher soll Geld kommen? Möchtest du es mir vielleicht jagen? Du bist doch ein kluger Mann. Mit den Preisen bin ich heruntergegangen, aber die Kundschaft findet sie immer noch zu hoch. Wer kauft denn heute teure Krawatten und Oberhemden! Das Duzend Männlein macht den Kohl wirklich nicht fett.“ Er stöhnt schmerzlich auf. „Wenn mir wenigstens das Haus gehören würde. Aber so... Schon die Miete frißt alles auf.“

„Schön, ich werde dir helfen.“ Manfred schlägt ihm aufmunternd auf die Schulter. „Lebrigens ein hübsches Girl, das deinen Harry da umtänzelt.“

„Eine viel zu auffallende Toilette für ein junges Mädchen. Zu meiner Zeit gab es das nicht! Fränze, das müssen Sie doch zugeben“, kritisiert Frau Regierungsrat Telles an Nora Marx, die mit ihrem Sohn und Harry herumbalbert. Im Grunde gefüllt es ihr, das Gert Interesse für Nora zeigt. Sicherlich wird Nora eine schöne Witwist erhalten. Warum sollte sich der alte Marx bei der Hochzeit seiner einzigen Tochter lumpen lassen? Doch die Familie! Besser, man fragt nicht nach der Herkunft. Schließlich ist das arme Kind ohne Mutter aufgewachsen. Da muß man ihr vieles nachsehen. Als aber Nora vor Vergnügen gellend aufschreit, zuckt die verwitwete Regierungsrätin nervös zusammen und schüttelt mißbilligend den Kopf, der von einem stattlichen, rötlich-braunen Zopf bedeckt ist. „Das ist ein Benehmen!“

„Lassen Sie es gut sein, Frau Fanny“, begütigt Fränze. „Die kleine Nora ist erst achtzehn Jahre. Ein junges Mädchen will doch lustig sein.“

(Fortsetzung folgt.)

Blühendes Gold.

Der herbliche Blütenstand wartet mit Goldhaar, Goldaster, Goldgras, Goldlee, Goldtraube und Myriaden von goldig blühenden Kompositen auf.

Langsam spricht jetzt das Gold der Goldrute auf langen Gerten in schmalen Rippen und gibt zusammen mit der goldgelben, hochscholligen Rusbeckia unserem Gartenflor einen goldigen Hintergrund. Besonders prächtig blüht jetzt der Goldball, gelbgefüllt und bis einhalb Meter hoch, und dessen Schwester der Goldstrahl, mit ziegeltartig übereinanderliegenden Blütenblättern. An Flußufer verwildert tropft von der kanadischen Goldrute aus einseitiger Rippe das Blüthengold zwischen tiefgrüne Sumpfgewächse. Die kultivierten Sprößlinge der Goldruten sind uns wertvolle Herbstblüher im Goldstrahl, im leuchtend goldgelben Goldschleier, in der dunkelgoldgelben reichverzweigten Goldrose und im niedrig wachsenden Spätgold. — Ihr Farbenspiel erwidert das Goldhaar oder die Goldaster, die auf besannenen Hügeln ihre in dichten Ebensträucher stehenden Köpfe der August- und Septembersonne zuwenden. An Pracht wird sie überboten von der goldgelben Samtblume, dem Schönauge oder Schönblick mit braunrotem Grund und dem sprossigen, großblumigen Mant, dessen goldige Seidenblüten jetzt in der Hochflut ihrer Pracht stehen. Ihrer höchsten Entfaltung gehen entgegen das goldgelbe Rinsauge, das besonders faltigen Grund und Berghänge liebt, dann die knollige Sonnenblume mit ihren vielen kleinen goldigen Blütenköpfen sowie der goldgelbe Rainfarn und das gleichfarbige balsamische Marienblatt. An Gartenrändern und Schutthalben wuchert die Goldwurz, die Wurzel des Schöllkrauts, deren gelber Saft in ländlichen Gegenden zum Weghager von Warzen verwandt wird. Auf den Wiesen reifen Goldhager und Goldgras oder Lamendelgras, das eine Kampferart (Kumarin) enthält und dem Ohm oder Racheu den Heugeruch verleiht. Auf einsamen Triften und an Waldbrändern sproßt der Goldlee mit seinen goldgelben gedrängtblütigen Köpfchen. Um auch dem Papier netzich goldenen Schein zu geben, nennt sich eine niedere Staude mit graufilzigem Laub und gelben Blüten, Goldschlein. Mögen die heutigen Zeiten auch nicht gerade goldig sein, so kann uns eins nicht genommen werden, das blühende Herbstgold auf Wiesen, Triften und in unseren Gärten.

Bestrafter Rassenfanatismus.

Wichtige Entscheidung des Arbeitsgerichts.

Die interessante Frage, ob einem jüdischen Arbeitgeber die Weiterbeschäftigung eines Arbeitnehmers zumuten sei, der sich außerhalb der Dienstzeit antisemitisch betätigt, beschloß das Berliner Arbeitsgericht.

Bei einem Apotheker in der Rosenthaler Straße war seit mehr als einem Jahr ein Fräulein U. als Praktikantin tätig. Vor ihrer Einstellung hatte sich der Besitzer der Apotheke mit Rücksicht auf seine zur Wehrheit jüdische Kundschaft vergewissert, daß die Praktikantin nicht Antisemitin sei. Anfang August gingen dem Apotheker plötzlich anonyme Briefe zu, in denen ihm mitgeteilt wurde, daß seine Praktikantin im Südwesten Berlins auf der Straße Flugblätter antisemitischen Inhalts verteilt hätte, was sie, zur Rede gestellt, auch zugab. Der Arbeitgeber machte sie darauf aufmerksam, daß ihr Verhalten erstens nicht mit ihren Anstellungsbedingungen vereinbar sei und daß man ihm außerdem nicht zumuten könne, sie weiter zu beschäftigen, wenn sie sich weiterhin antisemitisch betätigt. Nach dieser Unterredung verließ die Praktikantin die Apotheke, ohne daß man wußte, ob sie entlassen worden war, oder selbst gekündigt hatte. Vor dem Arbeitsgericht strengte sie dann die Klage auf Fortsetzung des Lehrverhältnisses an mit der Behauptung, freilich entlassen worden zu sein. Der beklagte Apotheker bestritt dies zwar, sprach dann aber die freilich Entlassung wegen ihres Verhaltens in der Verhandlung aus. Das Gericht wies die Praktikantin nach kurzer Beratung mit ihrer Klage ab. In der Begründung betonte der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Zuerbach, daß einem jüdischen Arbeitgeber nicht zugemutet werden könne, einen Arbeitnehmer zu beschäftigen, der außerhalb der Dienstzeit antisemitische Propaganda treibe.

Der Freund der Schönheitskönigin.

Die Strafe für einen Chloroformüberfall.

Der Raubüberfall des Artisten Torge, der am 23. April einen Juwelier in der Kantstraße mit einem chloroformdurchtränkten Schwamm überfallen hatte, beschloß die Ferienstrafkammer des Landgerichts III.

Der Angeklagte, der in den letzten Jahren als Sensationsartist und Varietè- und Filmkünstler tätig gewesen war, hatte sich mit der jungen Berliner Margot Koepfle befreundet, die im letzten Jahr zur Berliner Schönheitskönigin gewählt wurde. Da das junge Paar kein Geld hatte und in Berlin nach einer Reise in die Schweiz keine Tätigkeit fand, entschloß sich Torge, dem seine Freundin mit Verloren drohte, in seiner Verzweiflung, sich durch eine Gewalttat Geld zu verschaffen. Auf die Hilferufe des Juweliers, der durch das Chloroform nicht ganz betäubt worden war, waren aber Postanten hinzugeeilt, so daß Torge aus dem Juwelierladen nichts rauben konnte.

Das Schöffengericht Charlottenburg hatte den Angeklagten zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Hiergegen hatte die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt, da ihr die Strafe wegen der planmäßigen Vorbereitung der Tat zu gering erschien. Die Ferienstrafkammer gab das angefochtene Urteil auf. Torge wurde diesmal wegen versuchten Raubes in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung zu einem Jahr drei Monate Gefängnis verurteilt. „Mit Berlin“ blieb, wie in der ersten Instanz, wegen Verdacht der Teilnahme als Zeugin unbeeidigt.

Verzweifelte Mieter — starrköpfige Hausherren.

Der Kleingewerbetreibende B. hatte in einem Weihenmeer Vergnügungspark einen kleinen Stand, der ihn, nachdem er seinen Beruf als selbständiger Fensterputzer aufgeben mußte, notdürftig ernährte; aber die Not der Zeit machte auch an seiner winzigen Existenz nicht halt, er konnte die unverhältnismäßig hohe Miete von 253 Mark nicht mehr aufbringen und stand wieder einmal vor dem Nichts. Wer aber nichts vereinbart, kann auch nichts ausgeben und so wurde sein Schuldkonto beim Hauswirt größer und größer. Verzweifelt wandte er sich überalhin um Hilfe, aber vergebens; inzwischen hatte der Hauswirt all seine Hände pfländen lassen, die Vollstreckungsbeamten hatten schon den Auftrag, die Sachen zur Pfandkammer zu schaffen, die Wohnung ward verpfändet, der Mann sollte sie nicht mehr betreten. Als dann in letzter Minute das Wohlfahrtsamt sich zur Mietzahlung bereit erklärte, weigerte sich der Hauswirt, dem unglücklichen Mieter das geringste Entgegenkommen zu zeigen; unter keinen Umständen sollten die Leute ihre Wohnung wiederhaben, dagegen erklärte er sich bereit, ihnen eine Ersatzwohnung zu geben, die jedoch so winzig war, daß nicht einmal ein Bruchteil der Sachen Platz gefunden hätte. Inzwischen hatte die Ehefrau des Mannes in Neufuß eine kleine Beschäftigung gefunden und nun wollten die Leute, der Jahrgelderparnis wegen, ihre Wohnung gegen eine in

Ueber den Kapverdischen Inseln.

Die Fahrt des „Graf Zeppelin“ nach Südamerika.

Am Mittag ging das Luftschiff „Graf Zeppelin“ über den Kapverdischen Inseln zur Erforschung der Wärmeausstrahlung auf eine Höhe von 1000 Metern. Das Luftschiff befand sich um 15 Uhr mitteleuropäischer Zeit auf 21 Grad östlicher Länge und 13 Grad nördlicher Breite und machte schnelle Fahrt. Ueber Sao Thiago auf den Kapverdischen Inseln wurde Post abgeworfen.

Bei dem Luftweg nach Südamerika hat man entweder den Nordostpassat oder den Südostpassat zu durchqueren. Ein Passat ist eine von einem Hochdruckgebiet abwehende Windströmung. Die Hochdruckgebiete auf dem Ozean liegen durchschnittlich unter dem 30. Grad nördlicher und 30 Grad südlicher Breite. Die vom nordatlantischen Hochdruckgebiet in Richtung Spanien und Portugal abströmenden nordwestlichen bis nördlichen Winde werden als Nordostpassat bezeichnet und die entsprechenden vom südatlantischen Hochdruckgebiet abströmenden Südostwinde als Südostpassat. Die Passate fließen beide der Tiefdruckrinne zu, die sich von der Westafrikaküste bis zur brasilianischen Amazonamündung erstreckt. Eine Südamerikafahrt wird also niemals ganz regenfrei verlaufen können. Aber an sich verschaffen die Passate (im allgemeinen herrscht der Nordostpassat vor) günstige meteorologische Bedingungen, und bei der Hinfahrt ist meist mit Rückenwind zu rechnen.

Wetterhilfe der Großdampfer.

Nach Nordamerika kommt das Luftschiff rascher, aber die längere Fahrzeit der südlichen Route wird durch die gebotene Fahrtsicherheit aufgehoben. Bei einer Gesamtlänge von etwa 7300 Kilometern hat die Fahrstrecke fünf Etappen. Vom deutschen Standort des Luftschiffes bis nach Kap Sao Vincente, dem südlichsten Zipfel Europas, der in den Atlantischen Ozean hineinragt, beträgt die Landstrecke 1800 Kilometer. Der Weg über den Ozean, von Kap Vincente nach Madeira, ist 1000 Kilometer lang. Von Madeira nach den Kanarischen Inseln hat der Zeppelin 500 Kilometer zu überfliegen. Von den Kanarischen Inseln nach den Kapverdischen beträgt die Strecke 1500 Kilometer, von da zur Insel Saint Paul ebenfalls 1500 Kilometer und von dieser Insel bis nach Pernambuco an der brasilianischen Küste sind noch 1000 Kilometer zu überfliegen. Sehr wesentlich für den glatten Verlauf der Südamerikafahrt

des Luftschiffes ist die Erforschung der Windverhältnisse in der Höhe. Schon seit dem Jahre 1922 werden von der deutschen Seewarte in Hamburg auf Anregung der deutschen Luftfahrt entsprechende Forschungen angestellt. „Hamburg Süd“, „Hapag“ und „Norddeutscher Lloyd“ haben auf ihren nach Südamerika fahrenden Schiffen des öfteren Plätze für Meteorologen zur Verfügung gestellt. Die Gelehrten führten auf ihren Fahrten mit Hilfe von Pilotballonen insgesamt 1800 Höhenwindmessungen bis zu Höhen von 22 Kilometern aus. Um derartige Höhenwindmessungen tausend durchführen zu können, haben seit einiger Zeit die Kapitäne und Offiziere der genannten Reedereien auf Veranlassung der deutschen Seewarte diese Messungen selber übernommen. Drei solcher Höhenwindmessungsstellen gibt es auf Schiffen, die den Atlantischen Ozean befahren, und drei weitere auf der Südamerikaroute. Von den Höhenwindmessungen auf dem Südatlantik kommen augenblicklich die Arbeiten des Dampfers „Kap Arcana“ der „Hamburg Süd“ in Frage. Außerdem kreuzt zur Zeit vor der Küste vor Rio del Oro (Westafrika) mit entsprechender Aufgabe das Motorluftschiff „Orion“, das Hilfschiff der Deutschen Luftflotte für deren Flüge Gadijs—Las Palmas; die Meteorologen des Hilfschiffes werden also gleichfalls den Zeppelin unterstützen. Vor allem wird aber auch die Hamburgische Seewarte dreimal täglich über den Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel konzentrierte Wetterberichte im Klartext an das Luftschiff übermitteln.

Die Luftreise nach Südamerika ist von starkem wirtschaftlichem Interesse bedingt. Zwei große auf einander angewiesene Wirtschaftskontinente rücken durch den Flugverkehr einander näher.

Gronau über Kanada.

Das Flugzeug von Gronaus wurde um 12.42 Uhr Ostnormalzeit über Kap Jones am Eingang der James-Bay, etwa 150 Meilen nördlich von Moose Factory (Ontario, Kanada), gestürzt.

„Do X“ wird überholt.

Die Leitung des Luftschiffes „Do X“ hat beschlossen, von einem Flug nach Cleveland zu den nationalen Fliegerrennen abzusehen, da es für ratsamer gehalten wird, sämtliche zwölf Motoren des „Do X“ gründlich zu überholen, ehe der Weiterflug unternommen wird.

Neutöten tauschen. Wiederm stellte sich ihnen der Hauswirt entgegen, indem er alle Wohnungsermittlungen abwies. Mit vielem Bitten erreichten sie einen Raumungsausschub von 3 Wochen. Rascher wird wohl die Tragödie ihren Fortgang nehmen. Die beiden Menschen, die bis vor kurzem in beschiedenen, aber geordneten Verhältnissen lebten und ihren Verpflichtungen immer gewissenhaft nachkamen, sind der Verzweiflung nahe.

Wieder schwere Motorradunfälle.

Mehrere Tote und Schwerverletzte.

Am letzten Sonntag ereigneten sich wieder eine Reihe von schweren Motorradunfällen, die mehrere Tote und Schwerverletzte forderten.

In den späten Abendstunden fuhr in der Bismarckstraße ein Buchholz ein Motorrad in rasendem Tempo auf einen Gemüswagen auf. Das Rad wurde bei dem außerordentlich heftigen Zusammenstoß völlig zertrümmert. Der Führer des Motorrades, ein 24jähriger Erwin Laumeier aus der Berliner Straße 43 in Buchholz, wurde auf der Stelle getötet, sein Sojus, ein 27 Jahre alter Erich Noack aus der Stolpische Straße 27 in Berlin, wurde mit lebensgefährlichen Verletzungen in das Panower Krankenhaus eingeliefert, wo er bald nach seiner Aufnahme starb. Nach den polizeilichen Ermittlungen dürfte die Schuld an dem Unglück den Motorradfahrer treffen, da das Führerwerk vorchriftsmäßig beleuchtet war. — Am Schönhauser Tor stieß ein mit zwei Personen besetztes Motorrad mit einer Autodrolsche zusammen. Dabei erlitten der 24jährige Autodrolschler Wilhelm Treptow aus der Büchlerstraße und der gleichaltrige Schneider Willi Witte lebensgefährliche Verletzungen. Beide wurden in das Urbaner Krankenhaus gebracht. Ein weiterer Motorradunfall trat sich in der Rosuren-Allee, unweit des Junggartens, zu. Dort fuhr der 24jährige Motorradfahrer Erich Gurr aus Weihensee mit einem Privatauto zusammen. Gurr und sein Mitfahrer, ein 24 Jahre alter Fritz Layke aus der Kolonie Jungfernhöhe in Weihensee, mußten mit schweren Verletzungen in das Wilmersdorfer Hildegardekrankenhaus überführt werden.

Beim Ueberfahren des Fahrbammes wurde am Sonntagabend vor dem Haupte Notwellenstraße 11 ein etwa 60jähriger, bisher noch unbekannter Mann von einer Autodrolsche überfahren. Der Verunglückte starb auf dem Transport zum Elisabethkrankenhaus.

Todessturz beim Fallschirmabsprung.

Das Ende einer früheren Filmschauspielerin.

Kopenhagen, 31. August.

In Gegenwart von 6000 Zuschauern verunglückte am Sonntag bei einem Fallschirmabsprung in Grenaa (Dänland) die einst unter dem Namen Wille bekannte Filmschauspielerin Amalie Sannom. Sie war mit dem bekannten dänischen Flieger Clauson Raas aufgestiegen und sprang aus 600 Meter Höhe ab. Zum Entsetzen des Publikums öffnete sich der Fallschirm nicht. Der Körper wurde völlig zerquetscht aufgefunden. Die Wille war in den Jahren 1913 bis 1916 in der Filmwelt Europas bekannt als Mitglied der dänischen Filmgesellschaft Danmark. In der Inflationszeit machte sie in Deutschland verschiedene Vorführungen, auch Absprünge mit dem Fallschirm, wobei sie einmal in Deutschland vom Wind abgetrieben in einen See geworfen wurde.

Zirkus Busch.

Berlins älteste und ehemals populärste Vergnügungsstätte, der Zirkus Busch, ist wieder eröffnet und sorgt mit einem großen Eröffnungsprogramm für unterhaltende Stunden. Allerdings ist mit der alten Tradition, rein zirkusische Kunst zu bieten, gebrochen; an ihre Stelle ist zeitgemäß ein Varietèprogramm voller Sensationen getreten, eine davon gibt das Trio Rex, das sich in Fallschirmabsprüngen aus der Zirkustoppel produziert.

Gleich nach dem Absprung öffnen sich die Schirme und landen mit den süßen Springern unten im Sprungnetz. Diese Absprünge sind um so magischer, als man weiß, daß sich in der Luft die Schirme erst nach etwa 20 Meter entfalten, hier die ganze Höhe aber nur 26 Meter beträgt. Hunderprozentige Zirkuskunst vermittelt Roberto, der Schürsteler. Er und sein feineres Pferd scheinen miteinander vorwachen, eine so geschlossene, kultivierte Leistung wird uns hier zuteil. 4 Cavallinis sind Clowns von

Klasse und den Berlinern nicht unbekannt, und die 3 Collins, ein Trapezakt in den Lüften, sind das Baghaifigste auf diesem Gebiet, das man sich vorstellen kann. 3 Karolins, Gentlemanreiter, laufen auf ihren Pferden im D-Jugtempo durch die Manege, dabei die unerhörtesten akrobatischen Kunststücke vollbringend. Die 6 Jim Wong-Chinesen scheinen knochenlose Phänomene zu sein, so sehr haben sie ihre Körper bei ihrer Parterreakrobatik in der Hand. Ward and Witrena tanzen und jonglieren und Miß Woanti und Tuba, ein lustiges Duo, spielen mit Meisterhaft alle möglichen Instrumente und mürhen ihr Spiel mit komischen Späßen. Dann ist noch eine Ruffentruppe zu nennen, die tanzt, singt und reitet und viel beklatscht wird.

Mit 255 Einbruchsdiebstählen belastet.

Beendigung des Dortmunder Diebstahlprozesses.

Dortmund, 31. August.

Nach dreitägiger Verhandlung vor dem Dortmunder Schöffengericht wurde im großen Dortmunder Einbruchsdiebstahlprozeß das Urteil verkündet. Der 23 Jahre alte Franz Kittz, der Anführer einer 13köpfigen Diebesbande, dem die Anklage allein 255 Einbruchsdiebstähle zur Last legte, wurde wegen fortgesetzten und vollendeten schweren Diebstahls zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Neun Angeklagte erhielten wegen der gleichen Vergehen Gefängnisstrafen von zwei Monaten bis drei Jahren. Ein Angeklagter wurde zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt, während drei freigesprochen wurden.

Zwei Ehe tragödien in München.

Wirtschaftliche Not treibt zur Verzweiflung.

München, 31. August.

Am Sonntag haben sich in München erneut zwei Ehe tragödien abgespielt. In einem Haus im Westen der Stadt wurde ein 27 Jahre alter Buchdruckermeister und dessen 22 Jahre alte Ehefrau mit Gas vergiftet tot aufgefunden. Man nimmt an, daß schlechte wirtschaftliche Verhältnisse das Ehepaar, das vier Jahre zusammen verheiratet war, zu den Selbstmord getrieben haben. — Die zweite Tragödie hat sich im Norden der Stadt abgespielt. Hier hat ein 60 Jahre alter Papierfabrikant, der angeblich große Verluste bei Geldgeschäften erlitten hat, seine gleichaltrige Frau durch einen Herzstich getötet und sich dann selbst erschossen.

Gerüsteinsturz in Zittau.

Bei der Aktiengesellschaft F. A. Bernhardt, Weberei und Färberei in Zittau, wo in einem Färbereiraum eine Abstreife eingebaut wird, stürzte gestern nachmittag ein Teil eines etwa acht Meter hohen Gerüstes zusammen, auf dem sich eine größere Anzahl von Arbeitern befand. Sechs von ihnen wurden in die Tiefe gerissen. Zwei Zimmerleute und ein Maurer erlitten schwere Verletzungen und mußten in das Städtische Krankenhaus eingeliefert werden.

Ein junger Mann erschloß sich. Gestern gegen 17 Uhr fanden Straßenpassanten auf dem Freigelände Hermersdorfer Straße Ecke Dranienburger Dam in Wittenau einen toten jungen Mann. Die Polizei wurde alarmiert und stellte in dem Toten einen 24jährigen Mann namens Manning aus Weihensee, Berliner Allee, fest. Die Untersuchung durch die Polizei und den Arzt ergab, daß sich Manning schon rund zweieinhalb Stunden vorher mit einem 6,35 Kaliberrigen Browning durch einen Herzstich getötet hatte. Die Schußwunde wurde unter dem linken Arm gefunden. Die Motive zur Verzweiflungstat des jungen Menschen sind noch unbekannt.

Eine billige Spreewaldfahrt (Autofahrt), bequem, luftbereift, angenehm, etwa achtkündige große Hochwaldkahnfahrt, gute reichliche Verpflegung (Frühstück, Mittag, Kaffeegedeck). Preis nur 9,40 Mark, veranstaltet am 6. September die „Lüba“, Werbestelle für Spreewaldarten, Teilnehmerkarten bis 3. September: A. 58, Kremmener Str. 15 (Zigarettengeschäft), Nähe U-Bahnhof Bernauer Straße, Tel. Bineta 1792.

Hypothekenbanken und Hauszinssteuer.

Ein Beitrag zur Psychologie der Interessentenhausen.

Für die Fragen der Wohnungspolitik und der Hauszinssteuer fungiert als Berater der Reichsregierung Herr Fraenkel, in Firma Fraenkel u. Simon, maßgebliches Mitglied der Verwaltung der Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekenbanken. Als regelmäßiger Gast geht er in der Reichstanzlei aus und ein und rät dem Reichskanzler, wie er die Mieten senken soll, und denkt dabei an sein Bankinteresse, das unter dem sozialen Mantelchen ja leicht zu verbergen ist. Gleichzeitig finanziert und organisiert Herr Fraenkel nebenbei eine Propaganda, in der für den Hausbesitz und — etwas leiser — für die Hypothekenbanken so unumgängliche Forderungen aufgestellt werden, daß die fetten Broden, die in Wahrheit erobert werden sollen, nachher als „unzureichend“ bezeichnet werden können. Das Rezept ist alt und es wird für Hausbesitzer und Hypothekenbanken einfach in der gleichen Weise angewendet, wie der Landbund, der Reichsverband der deutschen Industrie und ähnliche Interessentenhausen es tun.

Herr Fraenkel, einst ein kleiner Mann, durch die Inflation ein großer Mann, hat heute bei der Gemeinschaftsgruppe der deutschen Hypothekenbanken eine einflussreiche Position.

Das Hypothekengeschäft war seit der Stabilisierung ein fettes Geschäft. Die Aufwertungsgeheißung schauzte den Hypothekeninstituten in dem sogenannten Verwaltungskostenbeitrag auf Kosten der Aufwertungsgläubiger einen einmaligen hohen Gewinn zu. Das abfindende Zinsniveau gab bis 1930 Gelegenheit, hochverzinsliche Hypothekengelder mit niedriger verzinslichen Pfandbriefen zu beschaffen. Verwaltungskostenbeiträge der Hypothekenschuldner, die erheblich über dem Vorkriegsniveau liegen, sichern eine hohe Rentabilität auch des laufenden Geschäfts.

Das Beleihungsgeschäft handhabten jedoch die Hypothekenbanken, soweit bei ihnen nach der im deutschen privaten Bankwesen allgemeinen Übung das Verdienen allein groß geschrieben, Liquidität und Sicherheit aber vernachlässigt wurden, teils nach Schema F, teils sehr unvorsichtig. Die mangelnde Vorsicht wurde der Öffentlichkeit zum ersten Male deutlich, als die Gotthard Grundkreditbank rasch saniert werden mußte und die übrigen Hypothekenbanken im eigenen Interesse stützend eingriffen.

Seitdem hat sich in zahlreichen Einzelfällen gezeigt, daß unser ungünstiges Urteil nur berechtigt ist.

Auf zahlreichen großen ostdeutschen Landgütern lasten Hypotheken

zugunsten privater, der Gemeinschaftsgruppe zugehöriger Hypothekenbanken, deren Zinslast schon in dem Augenblick, als sie gegeben wurden, in keinem Verhältnis zu der Rentabilität der beleiheten Güter stand. Zur Aufnahme und Verwaltung der Güter, für die Käufer jetzt nicht mehr gefunden werden können, hat die Gemeinschaftsgruppe sich zusammen mit der Dresdner Bank und der Rentenbank-Kreditanstalt jetzt in der Deutschen Anstalt für ein besonderes Bankinstitut geschaffen.

Auch im städtischen Beleihungsgeschäft ist man nicht viel vorsichtiger gewesen.

Die aufsteigende Preisbewegung, des städtischen Grund und Bodens von 1924 bis 1929 durch die entgegenkommende Hauszinssteuerpolitik und das sinkende Zinsniveau begünstigte ein schematisches und vielfach unvorsichtiges Beleihungsverfahren. Fiktion Friedenswerte mit pauschalem Abschlag, schematische Multiplikationen der Friedensmieten, spekulative Verlehrsweite dienten als Beleihungsmassstäbe. In vielen Fällen hat die Krise gezeigt, daß aus dieser Art der Geschäftsführung namhafte Verluste entstehen, wie kaum anders zu erwarten ist. Der trüffteste Fall aus jüngster Zeit ist die Beleihung des Theaters am Rollendorfsplatz, wo auf ein Grundstück mit Theatergebäude trotz der seit Jahren feststehenden geringen Rentabilität aller Theater nicht weniger als 1,35 Mill. Mark für eine der Gemeinschaftsgruppe angehörige Hypothekendbank eingetragen sind.

Solange die günstigen Konjunkturverhältnisse andauerten, traten die Folgen dieser Beleihungspolitik nicht in Erscheinung. Jetzt in der Krise wird es für Hypothekenbanken vielfach notwendig, auf ihre Reserven zurückzugreifen:

Die 10- und 12prozentigen Dividenden sind heute bedroht, und mit der üblichen Wendigkeit wird die neue Parole gefunden: den Hausbesitz zu „entlasten“.

Herr Fraenkel gebärdet sich als solcher Geschäftsmann, dem die öffentliche Hand das Geschäft ruiniert, und seine Direktoren

sprechen das Schlagwort von der Gefährdung des Realcredits so laut in alle Welt hinein, daß auch wir uns nicht mehr zu scheuen brauchen, auf die vielfach unsolide Geschäftspraxis hinzuweisen. Zum Schutz des Realcredits, d. h. damit die Aktionäre kein Geld verlieren und die gemachten Fehler nicht offenkundig werden, soll nach dem Wunsche des Herrn Fraenkel die Hauszinssteuer gesenkt werden. Wenn die öffentliche Hand die Fehlschläge der großen Depofitentassen bereinigt, wenn sie den zusammengebrochenen Großgrundbesitz mit der Osthilfe zu sanieren sucht, warum soll dann vom Tisch der Armen, den die Reichsregierung abräumt, um den „Wirtschaftsführern“ Geschenke zu machen, nicht auch etwas für die Hypothekenbanken genommen werden?

In wenigen Jahren Dividendenlosigkeit würden die Fehler der Hypothekenbanken bereinigt werden können. Dazu braucht man keine Hausbesitzergeschenke. Will die Reichsregierung für den Realcredit etwas tun, so reorganisieren sie das Hypothekendbankwesen und kontrollieren sie besser als bisher. Dieser Weg wird wesentlich billiger sein als der von Herrn Fraenkel gemiefene. Wir hoffen, daß die Reichsregierung nicht dem Schlagwort von der „notwendigen“ Sicherung des Realcredits unterliegt und ihren „fachverständigen Berater“ nur mit der erforderlichen Zurückhaltung anhört.

Leipziger Herbstmesse.

Soll es mit dem Nord an der Kaufkraft weiter gehen?

Leipzig, 31. August. (Eigenbericht.)

Die Leipziger Herbstmesse wurde am Montag durch das Rekordgeschäft auf der Wäbelmesse charakterisiert, wo der Handel seine durch die Mitte Juli auftauchende Inflationsfurcht org geschleierten Bestände wieder auffüllte. Regler Verkehr herrschte auch auf der Textilmesse. Gutes Geschäft dürfte weiter in Lederwaren und in Sportartikeln gemacht worden sein, während z. B. auf der Süßwarenmesse, in Porzellan und Glas, Uhren, Gold- und Silberwaren und im Kunstgewerbe bedenkliche Stille herrschte. Es zeigt sich deutlich, daß der Adersaß der Gehalts- und Lohnkürzungen so groß war, daß ihm das Preisniveau, trotzdem es auch hier eine teilweise starke rückläufige Bewegung gibt, bisher nicht folgen konnte. Soweit die Regierung gemillt ist, eine vernünftige Wirtschaftspolitik als bisher zu machen, muß das Preisniveau im Mittelpunkt dieser Politik stehen. Dabei muß man sich klar sein, daß das Ziel nicht durch weiteren Lohn- und Gehaltsabbau erreicht werden kann.

Ist es Zufall? Jedenfalls tauchte auf der diesmaligen Leipziger Herbstmesse Mister Filene aus Nordamerika auf. Mister Filene ist von Geburt Deutscher. In Amerika ist er ein großer Warenhauskönig geworden, der es sich gestattet kann, für seine wissenschafliche Heberzeugung Dollars nach Millionen zu opfern. Schon grau und Junggestelle, kommt er sehr oft nach Europa und hat ein gutes und unvoreingenommenes Urteil über die Verhältnisse in der europäischen Wirtschaft. Dieser Mann hat in Leipzig über die deutsche Industrie und der deutschen Wirtschaft einen Vortrag über Wirtschaftskrise und Kaufkraft gehalten, der starke Beachtung gefunden hat. Filene ist belleibe kein „Marxist“. Wenn man aber seine Redeweise aus dem Manchesterliedchen übertragen will, dann hat er haargenau das gesagt, was die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften in Deutschland schon seit Jahren sagen: Die fürchterliche Wirtschaftskrise kann nur durch Kaufkraftstärkung überwunden werden. Man muß Schluch machen mit einem hirnverbrannten Lohn- und Gehaltsabbau und mit einer unverantwortlichen Kaufkraftvernichtung. Der Krisenprozeß ist nach Filene jetzt bei dem Punkt angelangt, wo Industrie und Handel bemüht neue Märkte schaffen müssen. Daraus forciert Filene den Grundlag: Während du Ware erzeugst und verteilst, erzeuge und verteilte auch Kaufkraft. Von diesem Standpunkt aus wird er auch fanatischer Gegner der Preisdiktatur der Kartelle und Trusts.

Internationale Konferenz der Bergwerksbesitzer.

Durch Vermittlung des auf Grund des englischen Bergwerksgesetzes geschaffenen Zentrals Kohlenrates haben die britischen Kohlengrubenbesitzer an alle Vereinigungen der Kohlenbergwerksbesitzer in Europa eine Einladung zu einer internationalen Konferenz ergehen lassen. Die Konferenz soll Ende

September in London stattfinden. Bisher ist die Einladung von den deutschen, französischen, holländischen, belgischen, polnischen und tschechoslowakischen Grubenbesitzer-Verbänden angenommen worden.

Borsigs Kapitalverschwendung

Bau von neuen Kokeren bei halbiertem Koksabsatz.

Die in der Borsigwerk A.-G. zusammengefaßten ober-schlesischen Borsig-Betriebe veröffentlichten die Bilanz von Ende 1930. Nach dem Geschäftsbericht ist der Koksabsatz von 3,1 Mill. Tonnen im Jahre 1929 auf 2,4 Mill. Tonnen im Jahre 1930 zurückgegangen. Der Koksabsatz betrug mit 97.600 Tonnen etwa die Hälfte des Vorjahrsabsatzes (188.150 Tonnen) die Kokeren-Neubauwerke fanden guten Absatz. Die Rohstahlerzeugung ging von 109.500 auf 81.500 Tonnen zurück. Mit dem Produktionsrückgang wurde die Belegschaft von 10.300 auf 7860 Mann vermindert.

Der Betriebsgewinn ist von 8,7 Mill. Mark im Jahre 1929 auf 7,3 Mill. Mark im Jahre 1930 zurückgegangen. Die Abschreibungen werden mit 2,8 Mill. Mark fast so hoch wie im Vorjahre (3 Mill. Mark) wurde nicht vorgenommen. Sehr auffällig ist, daß trotz der Produktionseinschränkung und des Belegschaftsabbruchs die allgemeinen Unkosten von 4,23 auf 4,37 Mill. Mark gestiegen sind.

Obwohl, wie oben mitgeteilt, der Koksabsatz sich katastrophal verschlechtert hat, hat die Borsigwerke A.-G. es für richtig gehalten, ihr Neubauprogramm durchzuführen. Nicht weniger als 7,4 Mill. Mark sind im Geschäftsjahr 1930 aufgewendet worden, in der Hauptsache für den Bau einer neuen Kokeren, die im Dezember in Betrieb genommen wurde. In der Bilanz erscheint sie neu mit einem Werte von 4,8 Mill. Mark; außerdem hat sich das Neubaufkonto von 0,5 auf 1,7 Mill. Mark erhöht. Infolge dieser Neubauten ist die Verschuldung des Konzerns größer geworden: Banttschulden erhöht sich von 5,1 auf 6,7 Mill. Mark; neu erschienen eigene Akzente mit 2,3 Mill. Mark und Konzerngläubiger mit 1,4 Mill. Mark.

Diese Modernisierung der Anlagen ist auch wieder eine einzige Kapitalverschwendung, bestimmt von volkswirtschaftlichen, wahrscheinlich auch vom privatwirtschaftlichen Standpunkt aus. Wahrscheinlich geht die Erhöhung des Unkostenkontos auf vermehrte Zinslasten wegen der neuen Schulden zurück. Daß die neue Kokeren in absehbarer Zeit nicht auszunutzen sein wird, deshalb vielleicht sehr bald „zu allem Eisen“ wird, das hätte man schon zu Anfang des Jahres 1930 erkennen können. Die Neuorganisation der ober-schlesischen Industrie wird durch solche Vorgänge immer schwieriger und notwendiger! Der Anfang ist mit dem Uebergang der preussischen Staatshütten Gleiwitz und Malapane an die Vereinigte Oberschlesische Hüttenwerke A.-G. gemacht. Borsig hat sich bisher allen Plänen zur Neuordnung widersetzt. Wollte man mit dem Neubauprogramm seine Position verbessern? Und brauchte man zu so offener Kapitalverschwendung die Reichssubvention?

Preußentasse und Gewerkebanken.

Genossenschaftsverbände für einheitliche Ausgleichszentrale.

Die im Anschluß an die Sitzung des engeren Ausschusses am Sonntagabend zusammengetretene Versammlung der Verbandsdirektoren des Revisionsverbandes und der Leiter der Zentralkassen des Deutschen Genossenschaftsverbandes faßt einstimmig folgende Entschliessungen:

Eine Beseitigung des mit dem Bestehen von zwei genossenschaftlichen Zentralkreditinstituten verbundenen Dualismus ist notwendig. Ein einziges zentrales Kreditinstitut ist unerlässlich. Wir erkennen die Notwendigkeit einer zentralen Organisation durch selbständige Zentralkassen an. Die Eingliederung der gesamten gewerblichen Genossenschaften in das genossenschaftliche Zentralkassensystem ist erwünscht. Die Anwaltschaft wird beauftragt, die Verhandlungen für ein einheitliches zentrales Kreditinstitut mit allem Nachdruck fortzuführen und der nächsten Gesamtausschuss-Sitzung ihre Vorschläge zu unterbreiten.

Mit diesen Beschlüssen ist die Vereinheitlichung mit der gewerblichen Genossenschaftsbank, und zwar unter der Führung der Preußentasse, endgültig angebahnt. Die Beschlüsse entsprechen den Forderungen einer Denkschrift der „Bereinigung von Zentralbanken, gewerblichen Kreditgenossenschaften“, in der es heißt: „Statt eines neuen Unternehmens mit alten Aufgaben, aber neuen Kosten und großen Risiken zu gründen, ist es richtiger, das Genossenschaftsgeschäft der Dresdener Bank auf die Zentralkassen bzw. die Preußentasse zu übertragen.“ Die Verdienste der Preußentasse seien besonders in Zeiten hervorgerufen, in denen die Dresdener Bank verlagert habe.

Handwritten signature



KÖNIGIN VON

SABA

Vorkriegspreis!
6 zu 20 \$
und so gut!

Die echte
GARBÁTY
dick
rund
%M

Walter Schirmeier: Die dicke Betsy

In einem jener Lokale in den dicht bevölkerten Arbeitervierteln der Stadt, die sich solcher „Attraktionen“ bedienen, um ihre Kundenschaft zu unterhalten, trat sie auf. In den Fenstern klebten grellbunte, laienhaft gemalte Plakate, die schreiende Aufschriften trugen. „Die dicke Betsy“ — „Die dickste Frau der Welt“ — „385 Pfund Gewicht“ und andere Schlagzeilen knallten rot, blau, gelb den Vorübergehenden entgegen. Abends, wenn die Männer von der Arbeit kamen, hob wohl mancher von ihnen den Kopf, sah nach den Bildern, von denen der unförmig dicke Frauenkörper im Tricot herunterleuchtete — dann trotteten sie weiter, mit hängenden Köpfen, schlackernden Armen — leer, ausgepumpt. —

Trotzdem war es jeden Abend voll in dem Lokal. Vor der Tür stand von nachmittags um 6 an ein Mann im verschliffenen Portierrock. Die blanken Schnüre hatten ihren Glanz verloren; von den Knöpfen glückte keiner dem anderen. Der Mann hatte Zettel in der Hand und verteilte sie an die Vorübergehenden; kamen ein paar Männer vorbei, so rief er sie mit halblauter Stimme an und forderte sie zum Eintreten auf. „Kommen Sie herein, meine Herren; hier sehen Sie Betsy, die dickste Frau, das achte Weltwunder; kommen Sie!“

Ab und zu verschwand er durch die Tür in das Lokal; jedesmal, wenn die dicke Betsy sich auf dem Podium, das unter ihrer Last ächzte, produzierte. Dann half er ihr dabei. Sie gehörte zusammen; es war kontraktlich festgelegt, das Auftreten Berta Kunzes, der „dicken Betsy“, und die Tätigkeit ihres Mannes.

Von der Decke des Lokals hingen an langen Schnüren bunte Papierfahnen herab. Alle Farben bunt durcheinander — zwischen durch Lampen, in denen Glühbirnen brannten. In den Wänden war papierne Weinlaub befestigt; wenn jemand daran stieß, dann raschelte es, und eine leichte Staubwolke flog auf. Zwischen dem Laube befanden sich Bilder — Gambrinus, auf einem Faß reitend; braune Böcke, die schäumende Humpen in den erhobenen Pfoten hielten; zehrende Mönche — während im Hintergrunde das Podium den Raum abschloß. Rechts und links davon waren zwei Türen mit weißen Emaillechildern — „Damen“ — „Herren“ — in ständiger Bewegung.

Der große Lautsprecher grölte die Melodie der Schallplatte, die der Wirt auf dem Grammophon ablaufen ließ, in den Raum. Die Kellner rannten eilig hin und her. Durch die Tür betrat ein Mann den Raum, gingen an einen Tisch, setzten sich und bestellten Bier. Kurz nach ihnen kam auch von draußen der florierende Anreißer herein, setzte sich jedoch nicht, sondern schritt durch den Gang zwischen den Tischen bis nach dem Podium, nahm an dem dort stehenden Klavier Platz und schlug einen lauten Akkord an. Darauf wartete er einige Augenblicke und begann dann, interessiert und abgehorcht einen Marsch, den „Einzug der Gladiatoren“, zu spielen. Die Töne des verstimmt Klaviers drangen durch den Lärm und das Gläserklappern — langsam verstummen die Gespräche, und die Aufmerksamkeit wandte sich dem Spieler zu.

Dann erschien die „dicke Betsy“. Sie stampfte quer über den Gang und betrat schwerfällig das Podium. Das Klavierpiel brach ab; der Mann stand auf, trat neben die Frau und begann, in das inzwischen um so lauter aufbrandende Sprechen und Lachen hinein seine Einführungsrede zu halten. Bruchstückweise klangen die Worte durch den Raum: ... medizinisches Wunder ... berühmte Werke des In- und Auslandes untersucht ... 385 Pfund ... Engagements in Kopenhagen, Oslo, Warschau, Prag ... Die Frau stand wölbend, dessen mit einem eingefrorenen, inhaltlosen Lächeln, ein Kolof von Fleisch, neben dem Sprechenden. Ihre in diesen Fettpolstern liegenden kleinen Augen sahen müde und starr auf einen Punkt an der Wand. Als der Mann jetzt schloß, trat sie einen halben Schritt vor und verneigte sich gegen das Publikum. Einzelne

Klatschten; dann legte das Klavierpiel wieder ein. Die dicke Betsy sang mit hoher Stimme, die unwahrscheinlich dünn aus dem Riesenleibe kam, ein schlüpfriges Couplet; jedesmal, wenn sie den Refrain wiederholte, machte sie ein paar unbeholfene Tanzschritte hin und her. Es war ein widerlicher und zugleich trauriger Anblick, wie die Frau sich dort oben mit erzwungener Vehemtheit bewegte und dazu sang. Der Schweiß stand ihr in dicken Perlen auf der Puderfläche, die Gesicht, Hals und Arme bedeckte. Die lockeren Fettpolster an den Beinen und Armen, am ganzen Körper der Frau, gerten bei jedem Schritt in Bewegung, zitterten, wenn sie mit den Füßen aufstampfte.

Sie sang. Von der Toilette torfelte angetrunken ein Mann an das Podium, hob die Hand und schlug auf einen der massigen, wulstigen Schenkel. Es gab einen klatschenden Laut — in den Augen der Frau starrte es für eine Sekunde auf, undeutbar, ob rüchlich oder traurig — dann legt sie den Arm um die schmale Schulter des Untenstehenden und stellte ihn mit einer einzigen Bewegung neben sich auf das Podium, wo er verdutzt, mit blöden Augen, um sich starrte.

Brüllendes Gelächter erfüllte den Raum. Juruse, Joten schwirrten gegen die Frau: „Fein gemacht, Betsy!“ — „Mensch, die als Frau.“ — „Adolf, sei still, die klatscht dir jenseit die Wand.“ — „Jemand stand auf, murmelte ein „Widerlich“ vor sich hin und verließ das Lokal.“

Der Klavierspieler hatte nur einen Augenblick den Kopf gemendet, als die Nachsalve losbrach. Jetzt hob er wieder die Hände und setzte sein Spiel fort. Die Frau sang ihr Couplet zu Ende. Dann verließ sie das Podium. Der Mann zog seinen Portierrock über, stürzte an der Theke ein Glas Bier herunter und trat dann mit seinen Zetteln wieder vor die Tür auf die Straße.

Inzwischen ging die dicke Betsy von Tisch zu Tisch und bot Postkarten mit ihrem Photo an. Alles starrte sie an. Abhängend haften die Blicke der Männer ihr auf Hals, Brust, Armen und Beinen.

Nachher saß sie allein in einem Nebenzimmer am Tisch. Es war fast dunkel; eine kleine, matte Glühbirne brannte über der Tür. In der Ecke der Frau lag ein Schluchzen, das unaufhaltsam hochstieg. Vor ihren Augen stimmerte es. Ihr Herz trommelte einen tollen Marsch in der Brust. Schauer jagten ihr über den Körper — sie fühlte den drohenden Herzanfall, tastete mit fliegenden Fingern in der Handtasche nach einem Pulver, schüttete es auf die Zunge und spülte es mit einem Schluck Wasser herunter. Dann saß sie, hintenüber gelehnt, regungslos da.

Langsam rannen ihr die Tränen aus den Augen und über das Gesicht. Ihre Gedanken kreisten unaufhörlich um einen Punkt, einen Wunsch: Mensch sein dürfen, wie alle anderen — arbeiten können, wie alle anderen — Kinder haben wie alle anderen — und glücklich sein, wie alle anderen! — Warum muß ich nur Schauobjekt sein, Zielpunkt unfähiger Wiße, zeitiger Begierden? Warum drehen alle den Kopf nach mir, wenn ich mich sehen lasse, rufen groß: Späße hinter mir her? — Bäre ich doch auch wie andere, zutrieden, froh, glücklich! Mein Herz ist krank, sagt der Arzt; ich muß dünner werden, sonst mache ich's nicht mehr lange — — haha, ich habe noch Kontrakte für zehn Monate; darin ist das Gewicht festgelegt. Ich darf nicht abnehmen; sonst kostet es Konventionalstrafe — ich muß essen — essen — essen — — und wenn es mein Tod ist!

Die Zeit verfliehet. Die Frau weint heute vor sich hin. Ploßlich dringt von draußen ein gedämpfter Akkord ins Zimmer. Die Frau schreckt zusammen, steht auf, fährt sich mit der Puderquaste über das Gesicht und stampft hinaus — — — wieder die „dicke Betsy“. Draußen hämmert der „Einzug der Gladiatoren“.

Burjeln. Dann bleibt der Wald nur als Flanke des Weges auf der Seite des Saleres zurück. Rechts liegt ein in dieser bizarren Bildnis auffallend regelmäßig geformter Bienenstock. Drei Stanten werden vom Wald gezogen, die vierte bildet der Weg. Wir gehen über den feuchten Rasen, der merkwürdig hellgrün gegen die düstere Waldumrahmung aufleuchtet. Rote Aechtschnecken, weiße Bienenstockwaben streifen unsere Schuhe.

Ganz nahe der einen Waldböschung des Gevierts, etwas in den Schatten der ersten Bäume gerückt, steht eine unbehauene Steinsäule, kaum einen halben Meter hoch, mehr wie ein erraticches Steinstück, das irgendeine Naturgewalt hier in den moosigen feuchten Waldböschung gestreut hat.

In die vordere Breitseite ist ein rundes Medaillon geschnitten, anspruchlos Buchstaben sind in seine Fläche geschnitten:

Ferd. Lassalle
né le 11 Avril 1825
mort à la suite d'un duel
le 31 août 1864.

Ferd. Lassalle
Geboren am 11. April 1825
Gestorben an den Folgen eines Duells
am 31. August 1864.

Kleine grüne Moospolster füllen die Kerben der Buchstaben, Bewitterung nagt an dem Stein. Über ihm stehen Eichen, Buchen, Fichten ein undurchdringliches Gewölbe. Man sieht keinen Himmel, keine Sonne, nur die moderne Trostlosigkeit des feuchten Waldbodens, bedeckt mit weißen Blättern, kümmerlichem Ephyu, Moos und Flechten.

Ein paar Schritte weiter in den Wald hinein liegt ein kleiner See, eine Lache mit schwarzbraunem Moorwasser, in ewigem Schatten.

Hier fiel Lassalle in einem Duell, in dieser Art des Zweikampfs, die er stets verachtet und als ein Votivgericht des Mittelalters gebrandmarkt hatte. Wichtig, darüber Worte zu verlieren, warum er sich in dieses Duell gestürzt hat. Viele, die sein Leben bis in die letzten Konsequenzen verfolgt haben, glauben, es sei vollendet gewesen als er starb, andere wieder sagen, er sei erst im Anfang gestanden, der kühne Bogen seiner Bahn sei nur jäh durch ein hartes Schicksal zerbrochen worden. Nur eines ist sicher, sein Leben endet in einer Dissonanz, die keine Kunst in Harmonie aufzulösen vermag.

Der Raubmörder als Segelflieger

Jeder weiß, daß die Segelfliegerei eine schöne, ungefährliche Sache ist für den, der sie versteht, aber wenige kennen den ersten Segelflieger, der es wagte, sich mit einem primitiven Holz- und Federgerüst der freien Luft anzuvertrauen. Niemand wird wissen, daß dieser erste Segelflieger ein Verbrecher, ein Raubmörder war!

In den Uransängen der Segelfliegerei, da noch kein Mensch, selbst der Erfinder nicht, der neuen Erfindung recht traute (die übrigens auch bald darauf wieder einschloß), war es naturgemäß schwer, jemanden zu finden, der sich freiwillig zu diesem ersten Experiment hergab. Keiner wollte — trotz ausgelegter hoher Belohnungen — den „Sprung ins Ungewisse“ wagen, einen Fallschirm konnte man nicht — also war guter Rat teuer... Da tat man kurzerhand folgendes: man holte sich einen gefangenen Schwerverbrecher und stellte ihn vor die Alternative: Fliegen oder Vollstreckung des Urteils! Bei Gelingen des Fluges — die Freiheit, bei Mislingen — der Tod, der dem mehrfachen Raubmörder aber ohnehin bestimmt war! Ein durch das Gelingen gnadenlos zum Tode Verurteilter wird sich in solchen Fällen nicht lange bestreiten. Einen Kopf hat er nur zu verlieren. So oder so.

Am 29. September 1777 gab der Raubmörder Dominik Dufort zu Port Louis in der Bretagne die Einwilligung zu dem ersten Segelflug mit Hilfe eines leicht konstruierten, mit Federn besetzten umschulbaren Flugmantels, erfunden und erbaut von A. Desfontaine. Man reichte Dufort ein herzerstarkendes Medikament und führte ihn auf das etwa 50 Fuß hohe Dach des Zeughausturms. Man überprüfte nochmals das Gefüge des Federbaues. Dufort schnallte sich darin fest und sprang bei starkem Winde in die Tiefe hinab.

Ueber zehntausend Menschen, der Gouverneur Graf Agouillon und die Akademie der Wissenschaften wohnten dem Abstieg bei. Duforts primitive Segelflugmaschine flatterte eine Zeitlang im Winde, schaukelte und stürzte und begann dann langsam und gravitatisch zu sinken. In aller nächster Nähe der Abprallstelle gelangte der moderne Karus wohlbehalten zu Boden, umhüllt von der begeisterten Menge. Befehlt mit einer hohen Belohnung, die durch sofortige Sammlung unter den Zuschauern aufgebracht wurde, zog er nach einem reichlichen Festmahl von dannen... der Mörder Dominik Dufort hatte sich „frei geflogen“.

Braderie

In Ostfrankreich ist nach dem Kriege eine Einrichtung entstanden, die so großen Beifall gefunden hat, daß sie seit zwei Jahren auch im Luxemburger Land nachgeahmt wird und vielleicht auch in Deutschland noch eine fröhliche Auserlesung feiern wird. Der Ausdruck Braderie steht noch in keinem Wörterbuch. Nur das Wort brader kam früher in der Volkssprache vor und bedeutete spottbillig ausverkaufen. Man versteht aber jetzt unter Braderie seinen gewöhnlichen Ausverkauf, sondern eine außerordentliche Verkaufsgeliegenheit, die in großem Maßstab von allen Geschäften einer Stadt einheitlich inszeniert wird. Man wählt dazu z. B. die Tage nach einer Kirmes oder einem sonstigen Fest, bei dem doch viel Volk auf den Beinen ist. Der Tag wird mit kräftigem Tamtam in den Zeitungen angekündigt, und am Braderie-Tag legen die Kaufleute ihre Waren nicht bloß im Laden und in den Schaufenstern, sondern auch auf dem Bürgersteig mit besonders billigen Preisnotierungen aus. Durch geschickte Reklame ist Schwung in die kaufstüchtige wie auch durch neugierige Menge gebracht worden, und jeder, der sich die Waren ansieht, findet etwas, was ihm besonders vorteilhaft erscheint. So kann der Kaufmann nicht bloß alle Ladenhüter loswerden, sondern auch marktgängige Waren leichter abgeben. In den französischen und luxemburgischen Städten, in denen bisher eine Braderie veranstaltet wurde, waren Geschäftswelt und Publikum in gleicher Weise mit dem Ergebnis zufrieden, und die Veranstaltung wird deshalb alljährlich wiederholt. Die Hauptsache ist, daß in die Verbindung zwischen Publikum und Geschäftswelt mehr Leben und Bewegung gebracht wird, damit Waren und Geld zum Vorteil für beide Teile besser in Umlauf kommen. In Frankreich hat man sogar den Tag des Buches braderieartig ausgestaltet, so daß dort ein viel größerer Umsatz erzielt wurde als bei der allzu steifen Form des deutschen Buchtages. Bei einer Nachahmung in Deutschland müßte natürlich auf die besonderen deutschen Verhältnisse und namentlich die Eigenart des Volkes und der Landschaft Rücksicht genommen werden.

Auf den Verkehrsmitteln Berlins, also mit Straßenbahn, Omnibus, Untergrundbahn, Stadt-, Ring- und Vorortbahn, werden jährlich 1900 Millionen Fahrgäste befördert. Diese Menschenzahl entspricht der Erdbevölkerung der Gegenwart.

Gertrude Wertheimer: Hier fiel Lassalle

Kürzlich fiel mir ein Band des „Journal de Geneve“ aus dem Jahre 1864 in die Hände. Sauber gebunden die täglichen Ereignisse, Hoffnungen und Enttäuschungen der kleinen Genfer Welt, politische Streiflichter auf die übrige große Welt.

In der Ausgabe vom 16. September finde ich, wortförmig aufgeführt in der amtlichen Rubrik „Décès — Todesfälle“:

31. août, Lassalle, Ferdinand, avocat, 39 ans, Hotel Victoria, Prussien, célibataire.“

zu Deutsch:

„Am 31. August, Lassalle, Ferdinand, 39 Jahre alt, Hotel Victoria, Preußen, ledig.“

Ich blättere zurück. Am 28. August 1864 hatte vor den Loren Genfs jenes Duell zwischen Lassalle, um die Liebe der schönen Helene Doenigens, und Jaso von Racomiga, um die Ehre seiner Braut Helene, stattgefunden, in dem Lassalle, der „Messias des neunzehnten Jahrhunderts“ wie ihn Heine nannte, die tödliche Wunde erhielt.

Kein Wort findet sich darüber in den Spalten der Zeitung. Am 22. August 1864 war es in Genf, im Anschluß an die Magistratswahlen, zu Straßkämpfen gekommen; damit ist Spalte um Spalte, Nummer um Nummer des Blattes gefüllt. Leitartikel, Augenzeugenberichte, Meinungen aus Genf, aus der übrigen Schweiz, aus der ganzen Welt.

Am 31. August ist Lassalle in Genf seiner Wunde nach schwerem Todesstampf erlegen. Auch in der Ausgabe vom 31. August keine Zeile über Lassalle. Wieder nur bekümmerte Kommentare zu den Straßkämpfen. Seltsame Perspektivlosigkeit der Nismelt für historischen Wert und Unwert. Eine Spalte des „Journal“ vom 31. August ist gefüllt mit der Geschichte einer Ziege, die den Schatz ihres Besitzers, 10 000 Franken in Papier, der im Stall verborgen worden war, aufgefressen hat. Die Ziege wurde geschlachtet, aber nur die Kammern von sechs 1000-Franknoten konnten aus den Fragmenten im Magen des Tieres rekonstruiert werden. 4000 Franken hatte die Verdauungssäure zerstört. Die Bank von Frankreich sah sich außerstande, den Verlust zu ersetzen. Das ist Gegenwart.

Ueber die Tragödie Lassalle auch in den späteren Nummern des Blattes nichts. Nichts außer der amtlichen Registrierung seines Todes am 16. September.

Ich beschlehe, den Ort des Duells aufzusuchen. Niemand in Genf kann mir recht sagen, wo er liegt, obwar der Gedanklein, der an der Stelle errichtet wurde, vielfach, auch ganz abgesehen von Lassalle, in die Literatur eingegangen ist.

Endlich finde ich doch einen Führer; ein Freund, der bei einem winterlichen Spaziergang einmal zufällig auf den Stein gestoßen ist. Er will versuchen, ob er ihn wieder finden kann.

Wir fahren mit einer kleinen elektrischen Bahn nach dem Dorf Venrier am Fuße des Salere-Berges, des Wahrzeichens von Genf. Das Dorf ist halb noch Schweiz, halb Frankreich. Lassalle hatte

verlangt, daß das Duell jenseits der Grenze geschlagen werde, damit er nach Genf zurückkehren und auch noch den in Genf lebenden Vater Helene, der sich der Verbindung seiner Tochter mit Lassalle widersetzt hatte, zur Rechenschaft ziehen könne.

Aus der Ortschaft heraus führt uns die Nationalstraße, die das mondäne französische Bad Evian am Genfersee mit dem alten Klosterstädtchen Annecy und weiter mit dem französischen Gastein, Aix-les-Bains, verbindet. Rechts von der Straße ist Schweiz; saubere bürgerliche Sandhäuser flankieren sie da, in gut gehaltenen Gärten mit peinlich gepflegten Kieswegen. Eine Atmosphäre von feinsten, aber absoluter Reinlichkeit umweht sie. Man spürt, daß hier viel Seife verwendet wird, daß das Leben planvoll in festgesetzten Grenzen dahinfließt.

Links liegt Frankreich, das dämonischere Ufer der Straße. Großzügig sind etwas vermahlraste einzelne Häuser über das hügelige Terrain gestreut. Der Strich Landes zwischen der Grenze und der steil ansteigenden Nordwand des Salere scheint nicht zu den bestgehüteten, reichsten Teilen der französischen Republik zu gehören. Ein Steinbruch wird hier abgebaut. Sonst sieht das Land wild, unergiebig aus. Stört mit Unterholz durchsetzter Wald, undurchdringliches Gebüsch, Heidekraut, larter Weidengrund wechseln miteinander ab, willkürlich, so wie sie die Natur selbst verteilt hat. Nur der Zug, dessen Gleise etwas abgerückt parallel mit der Straße laufen, trägt hier jahrplanmäßig einen flüchtigen Hauch von Paris durch die Gegend. Auf gutgefederten Rädern laufen die Schlaf-, die Speise- und die Pullmanwagen des Gypres Paris-Evian vorbei. In ihren langgestreckten Weibern Menschen tragen, deren Gedanken noch in Paris, in London oder New York oder schon in Evian bei der Kur, am Strand oder am Spieltisch sind.

Bei der Personenzugstation Boissy, sie hat kein sichtbares Hinterland, nur eine große Rampe steht auf dem sandigen Jahrmarkt, überkreuzen wir die Gleise. Ein steiniger Fußweg führt in der Richtung des Salere hinan. Ein halboverfallenes Haus bleibt links liegen, ein paar Baracken der Steinbrucharbeiter. Dann kriecht der Weg zwischen regennassem Gebüsch hindurch, kaum Raum für einen einzelnen Menschen lassend. Schmelzend marschieren wir im Gypsesmarsch zwischen den feuchten Blätterwänden. Wie haben die Duellanten diesen Weg zurückgelegt? Sie müssen die Wagen unten auf der Straße gelassen haben, müssen diese halbe Stunde im fahlen Licht des Herbstmorgens zu Fuß gegangen sein. Ein hoffnungsloser Todesweg, bedrängt von Gedanken des Unentrinnbaren, Endgültigen, ohne Wende, ohne Ausblick. Aber Lassalle hat all das so nicht empfunden. Er war des guten Ausgangs so sicher gewesen. Er hatte es abgelehnt, sich einzuschließen. „Unsinn, ich weiß, was das Schicksal mir bestimmt hat“, war seine optimistische Antwort auf die Vorstellungen seiner Freunde gewesen.

Etwas weiter kreuzen die Gebüsch auseinander, eine Wiese ver-schmilzt ansteigend mit den Hängen des Salere. Dann wieder Gebüsch und Wald. Der Weg windet sich, führt über Steine und

Kampfanfrage in Frankfurt.

Die Verhandlungen des Gewerkschafts-Kongresses.

F. E., Frankfurt a. M., 31. August. (Eigenbericht.)

In zweifelhäufiger Rede gab der Bundesvorsitzende Leipart den Bericht des Bundesvorstandes, sowohl die vielseitigen und großen Leistungen des ADGB, betonend, wie auch die Forderungen der Gewerkschaften, deren viele noch der Erfüllung harren. Leipart dankte schließlich allen Mitarbeitern im Bundesvorstand und im Bundesauschuss dafür, daß sie ihr bestes getan haben, um die Gewerkschaftsbewegung zu fördern. Eine sachlich scharfe Kritik seines Berichtes in positivem Sinne sei durchaus erwünscht.

Von den 16 Anträgen zum zweiten Punkt der Tagesordnung fand nur der Antrag der Berliner Metallarbeiter die erforderliche Unterstützung. Er wendet sich gegen jeden Lohnabbau und fordert Lohnhöhungen als Ausgleich für die Steigerung der Lebenshaltungskosten durch die neuen Zölle und Steuerlasten.

Die Debatte trug vorwiegend sozialpolitischen Charakter. Sie wurde hauptsächlich durch die Anwesenheit des Reichsarbeitsministers Stegerwald bestimmt, dem die einzelnen Redner ihre Beschwerden unterbreiteten, so der Vorsitzende des Bundesarbeiterverbandes, Georg Schmidt, der besonders die Politik des Reichsernährungsministers Schiele kritisierte. Dr. Seebach verteidigte die Bundeschule in Bernau gegen die Angriffe von rechts und links und forderte nun erst recht ihre Förderung. Schaum-Berlin vom Gesamtverband ging auf die abgeschlossene Lohnabbaubewegung gegen die Gemeindefabrikanten, eingeleitet durch Kaiserordnung, ein. Die Reichsregierung spiele hier eine Doppelrolle als Gesetzgeber und Arbeitgeber. Mit der weiteren „Auflockerung“ der Tarife müsse Schluß gemacht werden. An den Grundrechten der Arbeiter dürfe nicht gerüttelt werden. Von den zwölf Frauen auf dem Kongress kamen zwei zu Wort. Die Genossin Kiewiera trat gegen die Herausnahme der Heimarbeiterinnen, der Ehefrauen und der Jugendlichen aus der Erwerbslosenversicherung auf. Genossin Thomas-Berlin wandte sich gegen die Behandlung der Bauarbeiter als Saisonarbeiter. Wenn Herr Stegerwald zugebe, daß er der Arbeiterschaft vieles zugemutet habe, so sei dazu zu bemerken, daß in den letzten Jahren mit der Arbeiterschaft geradezu Schindluder getrieben wurde. Thomas appellierte an Stegerwald, seinem Kollegen Schiele die Wahrheit zu sagen.

Mit der Lohnabbauenden Tarifvertragspolitik der Regierung ging Schleicher-Berlin vom Holzarbeiterverband ins Gericht. In der Abteilung für Allgemeinverbindlichkeitsklärung scheint etwas faul zu sein. Der Vorsitzende der Eisenbahner, Genossin Scheffel, forderte Hebung der Kaufkraft. Stegerwalds Appell an die Besitzenden, die Last der Krise mitzutragen, komme recht spät. Die öffentliche Hand solle Arbeit vergeben, dieses aber nicht auf Kosten schlecht bezahlter Arbeiter tun.

Husemann schildert den Arbeiterabbau im Bergbau und die Steigerung der Leistungen der Bergarbeiter. Die Lohnsenkungen, die angeblich zur Entlastung dienen sollen, führe zu weiterer Belastung der Arbeiter. Die Forderung der Arbeitslosigkeit ist längst erreicht und die Befähigung der Mehrarbeit daher längst fallig. Die Erwerbssekretärin des Bundes, Genossin Hannan, wandte sich gegen die Bewilligung von Anträgen auf Beschäftigung der Frauen in Nacharbeit. Es werde nicht einmal der Versuch gemacht, die

Lohnspanne zwischen Männer- und Frauenarbeit zu verringern. Für die Fortsetzung der Debatte am Dienstag sind noch zwölf Redner vorgemerkt.

Die Begrüßungsreden.

Aus der Begrüßungsrede Schoenels tragen wir noch die Mitteilung nach, daß der polnische Delegierte Kwapiński nicht erscheinen konnte, weil die faschistische polnische Regierung ihm die Teilnahme an dem Kongress verweigerte. Diese Mitteilung wurde mit stürmischen Pfui-Rufen beantwortet.

Die Grüße des Internationalen Arbeitsamtes überbrachte Direktor Donau-Berlin. Er teilte mit, daß Albert Thomas, der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, von Genua nicht abkommen könne, weil gerade in diesen Tagen im Europa-Ausschuss ein entscheidender Kampf um die Pläne des Arbeitsamtes zur Durchführung einer internationalen Arbeitsbeschaffung ausgefochten werde. Thomas würde es begrüßen, wenn der Kongress eine Entschließung annähme für die Unterstützung der Arbeitsbeschaffungspläne des Genfer Arbeitsamtes und zur Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden. Thomas grüße die deutschen Gewerkschaften als eine Haupttriebkraft für die internationale Verständigung, und das Internationale Arbeitsamt danke für die lebhafteste Unterstützung durch die deutschen Gewerkschaften.

Leipart antwortet, Thomas' Arbeitsbeschaffungspläne seien eine sehr ernste, bedeutungsvolle Angelegenheit, aber bis die Regierungen sich international verständigten, werde wohl noch viel Wasser den Main hinunterfließen. Dem Kongress werde jedenfalls eine Entschließung vorgelegt werden, in der die internationale Arbeitsbeschaffung als möglich und nötig empfohlen werde.

Der Vorsitzende des ADGB-Bundes, Aufhäuser, überbrachte den kameradschaftlichen Gruß der freien Angestellten. Wir sind mit Leipart der Auffassung, daß jetzt nicht Zeit ist, Illusionen zu wecken. Wir können den Sozialismus nicht auf dem Präsentierteller herbeischaffen, wohl aber

ist der Zeitpunkt gekommen, wo die Konsequenzen aus dem Bankrott der sogenannten Wirtschaftsführer gezogen werden müssen.

Der Einbau gemeinwirtschaftlicher Gedanken in die Wirtschaft ist aktuell und brennend geworden. Die Wirtschaft muß Objekt staatlicher Kontrolle und staatlichen Wirkens werden.

Albert Falkenberg überbrachte die Grüße des freigewerkschaftlichen Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes. Er warnte die Regierung sehr eindringlich, den Bogen zu überspannen; denn die Radikalisierung der Beamtenschaft, die man bei dem Abbau der Gehälter erst gar nicht frage, sondern einfach vergewaltige, mache reichend Fortschritte. Man müsse die Menschen doch leben lassen! Die Radikalisierung habe nur eine erzieherische Seite: sie mache den Weg frei zu einem starken Zusammenwirken zwischen Beamten, Angestellten und Arbeitern. Nicht stehen bleiben, weitermarschieren!

Der Reigen der Begrüßungsansprachen wurde abgeschlossen von Böttchen-Hamburg, dem Vertreter der deutschen Konsumvereine, und Dr. Sachem, dem Direktor der Arbeiterbank, der für die wirtschaftlichen Eigenbetriebe der Gewerkschaften sprach und darauf hinwies, daß vor allem die gewerkschaftlichen Betriebe der freien Gewerkschaften sich in der Krise gut gehalten haben.

Leiparts Geschäftsbericht.

Die Kongressleitung liegt in den Händen von Leipart, Brandes und Schumann. Im Anschluß an die Konstituierung des Büros erstattete Leipart den

Geschäftsbericht

des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes: Mit der Verschärfung der Arbeitslosigkeit begannen die Unternehmer einen allgemeinen Angriff auf die Löhne. Das Gesamtergebnis der Lohnkämpfe der letzten Jahre läßt sich dahin zusammenfassen: In den Jahren 1928 und 1929 gelang es den Gewerkschaften, die Tariflöhne etwa um 13 Proz. zu verbessern; im Jahre 1930 mußten die überhöhten Verdienste geopfert werden, und 1931 wurden die Tariflöhne um etwa 6 Proz. gekürzt. Gegenwärtig bewegen sich die effektiven Stundenlöhne ungefähr auf derselben Höhe wie im Jahre 1928; die Wochenverdienste der Beschäftigten sind aber infolge der verkürzten Arbeitszeit gesunken.

Die Unternehmer versuchen die Lohnpolitik der Gewerkschaften für die Not verantwortlich zu machen. Sie sagen, von 1925 bis 1929 habe sich die Summe der Löhne und Gehälter um den Betrag von 10 Milliarden Mark erhöht. Tatsächlich ergibt sich unter Berücksichtigung des gesunkenen Geldwertes für die Steigerung der Lohn- und Gehaltskosten der Wirtschaft ein Betrag von etwa 4,8 Milliarden Mark, was eine Steigerung von etwa 16 Proz. bedeutet. War eine solche Steigerung übermäßig und wirtschaftlich untragbar? Das Ergebnis des Wiederaufbaues der Industrie nach der Stabilisierung ist

eine Steigerung der Produktivität der Arbeit um 25 bis 30 Proz., während die Steigerung der Reallohne sich auf 16 Proz. beschränkte. Wenn das Gleichgewicht der Wirtschaft von der Lohnseite her gestört wurde, dann nur, weil die Kaufkraft der Volksmassen weit hinter der Produktivität der Arbeit zurückblieb.

Ich will mit diesen Feststellungen die Bedeutung der tatsächlich erreichten Lohnsteigerungen nicht herabsenken. Im Gegenteil: Ich betone, daß dank dem System der Tarifverträge und dank der Widerstandskraft der Gewerkschaften im Jahre 1930 der deutsche Binnenmarkt nicht so ausgehöhlt wurde, wie das der Fall gewesen wäre, wenn die Unternehmer die Löhne nach ihrem Wunsch hätten festsetzen können. Die Reichsregierung kam den Unternehmern zu Hilfe, indem sie

Die Parole der allgemeinen Lohnsenkung

in ihr eigenes Regierungsprogramm aufnahm. Das ist der schwerste Vorwurf, den wir der jetzigen Reichsregierung machen müssen. Einmal, weil dieser Eingriff in das Machtverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern sich in der ungerechtesten Weise einseitig gegen die Arbeiter richtete, zum anderen, weil er, statt der Wirtschaft zu dienen, die Krise ganz erheblich verschärfte und die Arbeitslosigkeit in hohem Maße vermehrte hat. Es ist nur ein schlechter Trost, wenn ich glaube sagen zu

können, daß der Herr Reichszkanzler anscheinend den Fehler seiner Politik in diesem Punkt eingesehen hat. Der Kanzler hat auf der Tagung der Bankiers den Unternehmern noch einmal eindringlich ins Gewissen geredet und ihnen zugerufen, sich ihrer vollen Verantwortung bewußt zu werden. Darin liegt ein schwerer Vorwurf gegen die sogenannten Wirtschaftsführer, der leider nur zu berechtigt ist.

Das tiefe Gefühl der Verantwortung für die Allgemeinheit, auch für das Schicksal der Arbeiterschaft, haben wir nicht erst jetzt, sondern dauernd bei einer großen Mehrheit des Unternehmertums vermischt.

Dem Hamburger Bundestag durften wir als Kongressgabe eine Gemeinschaftsarbeit, das Buch „Wirtschaftsdemokratie“ vorlegen, das in die Zukunft weist. Dem Frankfurter Kongress mußten wir ein Sammelwerk überreichen, das sich mit den Nöten des Tages beschäftigt; das Buch über die Vierzigstundenwoche. Die Arbeiten zur praktischen Gestaltung des wirtschaftlichen Gedankens mußten zunächst in den Hintergrund treten. Nur die früheren Richtlinien zur Kartell- und Monopolkontrolle konnten inzwischen in die Form eines Gesetzentwurfes gegossen werden. Unsere Forderung nach parlamentarischer Neubestimmung der öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen ist immer noch unerfüllt. Der Reichstag hat nicht einmal die erforderliche Zweidrittelmehrheit für das Zustandekommen eines Gesetzes über den endgültigen Reichswirtschaftsrat ausgedrückt. Für den Versuch der preußischen Regierung in die Landwirtschaftskammern Arbeitnehmervertreter aufzunehmen, fand sich

nicht einmal unter den Regierungsparteien eine Mehrheit.

Dagegen ist im Reich durch Erweiterung der Gewerbeordnung die Verfassung der Handwerkskammern geändert worden. Die gesetzliche Vertretung wurde durch Zuwahl von Sachverständigen aus Arbeitnehmerkreisen erweitert und ihr Aufgabenkreis vergrößert. Diese Vertretungen verdienen volle Beachtung der Gewerkschaften. Den wirtschaftsdemokratischen Gedanken auch weiterhin mit Ernst zu verfolgen, muß unsere Aufgabe bleiben. Wir haben ihn in jüngster Zeit durch unsere Vorschläge zur Aktienrechtsreform sowie zur Kontrolle der Banken fruchtbar zu machen versucht.

Die wirtschaftliche und politische Entwicklung war den Gewerkschaften nicht günstig. Ihre Vorschläge stießen allzu häufig auf taube Ohren. Wie weit die Richtschnur, ja die Richtung gewerkschaftlicher Wünsche ging, zeigt folgendes Beispiel: der Gedanke, die öffentliche Rechnungslegung wirtschaftlicher Unternehmungen auszudehnen und durch staatlich anerkannte Wirtschaftsprüfer kontrollieren zu lassen, verdankt seine Verbreitung, wenn nicht gar seine Entstehung unserer alten Forderung nach Offenlegung und Durchleuchtung der Wirtschaft. Schon aus diesem Grunde war unser

Verlangen berechtigt, an den Verhandlungen über Prüfung und Auslese der Vertreter dieses neuen und wichtigen Berufes beteiligt zu werden. Während man aber mit Worten an unsere Einsicht und unsere Mitarbeit nicht genug appellieren kann, ist man in der Praxis einer Mitwirkung der Gewerkschaften durchaus abgeneigt.

Unbeachtet sind auch unsere Ansprüche geblieben, an den Verhandlungen über den Young-Plan an maßgebender Stelle beteiligt zu werden. Noch erfolgreicher waren unsere Bemühungen in den letzten Monaten,

an der Gestaltung der Wirtschaftspolitik tätig mitzuwirken.

Wir haben öffentlich über die Versuche berichtet, auf den Reichspräsidenten und den Reichszkanzler einzuwirken. Man hat uns zwar empfangen und unsere Darlegungen höflich angehört und beantwortet, aber man hat sonst nicht dran gedacht, uns zu den zahlreichen Beratungen hinzuzuziehen, zu denen die Vertreter anderer Wirtschaftskreise ständig gebeten worden sind. Anscheinend glaubt die Regierung, auf die Dauer einen der wichtigsten und bodenständigsten Teile des deutschen Volkes von der Verantwortung am Wohl und Wehe Deutschlands ausschalten zu können.

Ja, es scheint tatsächlich so, als ob die Regierung ohne und gar gegen die Arbeiterschaft zu regieren gedenkt.

Wenn wir den Ablauf der letzten drei Jahre unter diesem Gesichtspunkt überprüfen, müssen wir — bei aller objektiven Beurteilung — zu der Anklage kommen, daß die Lasten der Wirtschaft um so stärker auf die Schultern der Arbeiter abgewälzt wurden, je mehr wir uns dem Tiefpunkt der Wirtschaftstätigkeit genähert haben. Es genügt, an die Verschlechterungen der Sozialversicherung, an den Lohnabbau und an das Dreiklassensteuerrecht der Krisensteuer zu erinnern. Auf der anderen Seite sehen wir eine Fülle von direkten und indirekten Geld- und Kreditsubventionen, Schutzzöllen und dergl., die sich auf die übrigen Wirtschaftskreise ergoß. Professor Bonn schätzt die Beträge, die für Subventionen, Darlehen und Kreditgarantien gegeben wurden, auf 838 Millionen. Der Milliardensegen aus den überhöhten Preisen beziffert sich auf 2½ Milliarden. Angesichts dieser Riesensummen ist es erstaunlich, wie die Masse der Arbeitslosen bisher immer noch ruhig blieb.

Wie lange aber darf man den Millionen Arbeitslosen diese Ruhe und Befonnenheit noch zumuten?

Wenn endlich wird die Regierung sich entschließen, von der bisherigen Agrarpolitik abzulassen? Es ist für die industrielle Bevölkerung, zumal in einer Zeit stärksten Lohndrucks untragbar, daß die Preise landwirtschaftlicher Produkte in Deutschland zwei- bis dreimal so hoch stehen als die Weltmarktpreise. Deutschland kann sich in seiner fürchterlichen Lage nicht den Luxus leisten, zurückgebliebene Produktions- und Absatzmethoden künstlich am Leben zu erhalten. Wir müssen dringend verlangen, daß keine Steuerlast fernerhin denjenigen zugewandt wird, die sich ihr Brot noch mühsam verdienen und dem Fortschritt der Zeit widerstreben, sondern daß sie denen zugewandt wird, die trotz aller Bemühungen keine Arbeit und kein Brot erhalten können. Es ist klar, daß an einen Steuerabbau nicht gedacht werden kann, es geht aber auch nicht, daß das Reich sich aus den Finanznöten herauswindet, ohne gleichzeitig für die Finanzen der Länder und der überlasteten Gemeinden zu sorgen. Auf sozialpolitischem Gebiet stand während der ganzen Berichtszeit die Frage der

Arbeitslosigkeit und die Versorgung der Arbeitslosen im Vordergrund.

Der kommende Winter läßt leider erwarten, daß die Zahlen des vergangenen Winters noch überschritten werden. Die ungeliebte Notverordnung vom Juni hat einen neuen weiteren gewaltigen Leistungsabbau im Arbeitslosenschutz gebracht. Die Ungerechtigkeiten dürfen nicht bestehen bleiben! An dem Rechtsprinzip der Arbeitslosenversicherung darf nicht gerüttelt werden. Wir fordern eine Reichsarbeitslosenfürsorge, damit die überlasteten Gemeinden nicht völlig leistungsunfähig werden. Zur weiteren Finanzierung der Versicherung sollten entsprechend der Belastung aller versicherten Arbeitnehmer, auch alle anderen Einkommensträger, insbesondere alle höher Verdienenden, einschließlich der Beamten, nach Maßgabe ihres Einkommens zur Kostendeckung herangezogen werden. Unberechtigt ist die Sonderstellung der Landwirtschaft. Unbefriedigend im höchsten Grade ist die Arbeitsbeschaffung. Unbefriedigend sind die schwächlichen Versuche der Regierung zur Verkürzung der Arbeitszeit.

Wir brauchen eine allgemeine gesetzliche Verkürzung.

Trotz des damit verbundenen Solidaritätsoppers der Arbeiter wird der Kongress, wie ich hoffe, für eine Verkürzung der Arbeitszeit zur Entlastung des Arbeitsmarktes eintreten.

Man kann nicht von der Arbeitslosigkeit sprechen, ohne die Not der arbeitenden Jugend zu berühren. Schon ist der Gedanke aufgelaucht, daß eine mehrjährige Berufsausbildung heute, ihren Sinn verloren habe. Das ist eine falsche Meinung; wir treten ihr mit Nachdruck entgegen. In wenigen Jahren wird wieder die normale Zahl Jugendlicher nach Lehr- und Arbeitsstellen suchen, d. h. es werden davon doppelt so viel als gegenwärtig benötigt werden. Die Pflicht der Nachwuchsbildung darf also nicht verfallend werden. Das Berufsausbildungsgefälle muß unter allen Umständen so bald wie möglich fertiggestellt werden. Der vom Hamburger Kongress aufgestellten Forderung nach gesetzlicher Regelung der Ferien für die Jugendlichen ist noch immer nicht entsprochen. Nicht minder beschämend ist für die deutsche Sozialpolitik, daß z. B. noch immer die Nachtarbeit Jugendlicher zwischen 16 und 18 Jahren uneingeschränkt zulässig ist.

Zur viel umstrittenen Frage der Erwerbsarbeit der verheirateten Frau ein Wort: es geht nicht an, die verheirateten Frauen grundsätzlich als Doppelverdiener anzusehen. Im Hinblick auf die ungeheure Arbeitslosigkeit müssen wir auch weiterhin verlangen, daß

keine Doppelverdiener

beschäftigt werden. Dem besonderen Arbeiterinnenchutz entstand in den letzten Jahren eine Gegnerin in den Frauenkreisen selbst. Die Hausangestellte entbehren noch immer des gesetzlichen Schutzes, obwohl es sich bei ihnen um eine Gruppe von annähernd 1,5 Millionen Menschen handelt. Wir fordern ihre Unterstellung unter den allgemeinen Arbeiterschutz. Zur Reform des Hausarbeitengesetzes haben wir einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der besonders die Lohnregelung für die Heimarbeiter auf eine bessere

Grundlage stellt. Die jetzt faktualische Einrichtung zur Festlegung gesetzlicher Richtsätze muß zu einer obligatorischen gemacht werden. Unsere Vorschläge sind bis jetzt unberücksichtigt geblieben. Einen wichtigen Erfolg unserer auf ausreichenden Mutterschutz gerichteten Bestrebungen stellt das 1929 erlassene Gesetz über die Wochenhilfe dar. Die Gewerbeaufsicht wurde unter unserem Einfluß in einzelnen Ländern ausgebaut. Eine organisatorische Reform zur

Vereinheitlichung der gesamten Renten- und Krankenversicherung

halten wir nicht nur für notwendig, sondern auch für möglich. Die Regierung sollte endlich die Vereinheitlichung in Angriff nehmen. Hierbei muß aber nicht nur in der Invalidenversicherung, sondern auch in der Unfallversicherung die in der Reichsverfassung zugesagte maßgebende Mitwirkung der Versicherungsträger gewährleistet werden. Die Versicherungsleistungen haben nicht gemein mit Pensionen und anderen Leistungen aus öffentlichen Mitteln. Wir weisen darauf entschieden zurück, daß im Kampf gegen die Sozialversicherung immer wieder öffentliche Lasten und Leistungen der Sozialversicherung zusammengeworfen werden, um unter Hinweis auf die dabei errechneten hohen Summen die Untragbarkeit zu beweisen. Auch die Arbeiter haben Anspruch auf ausreichende Versorgung in Notfällen und im Alter. Sie zahlen hierzu ihren Beitrag aus ihrem Arbeitsertrag, erfüllt von dem großen Gedanken der gegenseitigen Hilfeleistung und um die öffentliche Wohlfahrt nicht in Anspruch nehmen zu müssen. Es sind hohe ethische Werte, von denen die Sozialversicherung getragen wird. Ihre Leistungen sind vielfach noch unzulänglich. Darum kann nur ein Ausbau, nicht aber ein Abbau in Frage kommen.

Auf dem Gebiet des Wohnungswesens hat der Bundesausschuß Ende 1930 in einer Entschließung gegen die Kürzung der Wohnungsbaumittel und gegen die beabsichtigte weitere

Lockerung des Mieterschutzes

entschieden Einspruch erhoben. Nun ist auch von den Hausbesitzern ein neuer allgemeiner Abbau der Hauszinssteuer gefordert worden. Eine Reform der Hauszinssteuer wäre unseres Erachtens nur derart durchzuführen, daß an ihre Stelle eine öffentliche Grundbörse durch Amortisation in etwa 18 Jahren abgetragen werden kann, aber das bisherige Auskommen von rund 1 1/2 Milliarden Mark jährlich sicherstellt. Jeder Versuch, den Mieterschutz zu beseitigen, wird auf unseren schärfsten Widerstand stoßen.

Die Statistischen Arbeiten des Bundesvorstandes sind in den letzten Jahren erheblich ausgebaut worden. Es gelang, beim Statistischen Reichsamt eine grundsätzliche Zustimmung zu unserer neuen Methode der Erfassung von Tarifverträgen zu erzielen. Die versprochene Reform der amtlichen Tarifstatistik läßt aber auf sich warten. Notwendig ist auch die laufende Erfassung der effektiven Arbeitsverdienste.

Die Konzentration der Kräfte des ADBA hat weitere Früchte getragen. Die Zahl der im Bund vereinigten Gewerkschaften ist seit Hamburg von 35 auf 30 gesunken.

Die Zerstückelungsbestrebungen der kommunistischen Partei sind völlig fehlgeschlagen.

Der bedeutsame Fortschritt der Arbeiterbildung im Rahmen des Bundes war die Inbetriebnahme der Bundeschule in Bernau.

Die Zusammenarbeit von Gewerkschaft und Berufsschule hat sich enger gestaltet. Notwendig ist ein gemeinsamer und einheitlicher Ausbau von Volks- und Berufsschule. Von der eng verbundenen Volks- und Berufsschule als dem Kernstück einer künftigen Einheitschule ist ein ungehinderter Übergang zu allen Arten der Hochschulen und von diesen zu den Hochschulen zu schaffen.

Leipziger schloß seinen Ueberblick über die seit Hamburg verstrichene Sturmszeit mit einem Blick auf die internationale Lage. Er begrüßte die Vermeidung einer völligen Isolierung Deutschlands und die Einbahnung eines freundlicheren Verhältnisses zwischen den Regierungen. Wir Gewerkschaften, betonte er, sind mit die ersten gewesen, die öffentlich ausgesprochen haben, daß

Die Deutschland auferlegten ungeheuren Reparationslasten unerträglich

sind und in hohem Maße dazu beigetragen haben, die wirtschaftliche Krise in der Welt zu verschärfen. Die Durchführung des Freijahresplans des Präsidenten der Vereinigten Staaten kann nur ein Anfang zu neuen Reparationsverhandlungen sein; denn auch nach unserer Auffassung besteht kaum eine Möglichkeit, daß Deutschland nach Ablauf des Freijahres die Reparationen in aller Höhe wieder aufnehmen kann. Während des Freijahres muß daher unter allen Umständen ein Weg gefunden werden, um endlich eine auf vernünftiger wirtschaftlicher Grundlage stehende Regelung der Reparationen herbeizuführen.

Die Aussprache.

Von den Anträgen des Bundesvorstandes sind nur ein Antrag des Metallarbeiter-Verbandes Berlin genügende Unterstützung, der schärfste Ablehnung jedes Lohnabbaues fordert.

Georg Schmidt, der Vorsitzende des Deutschen Landarbeiter-Verbandes, eröffnete die Aussprache. Er schildert in drastischer Form die Landwirtschaftspolitik der Reichsregierung. Das Reichsernährungsministerium sei heute

eine Art Geschäftsstelle des Reichslandbundes

geworden. Den Landwirten würden Kredite über Kredite versprochen, mehr versprochen, als überhaupt gegeben werden könnten. Auf die Arbeiterchaft müsse diese ewige Unterstützung der Landwirtschaft aus Reichsmitteln geradezu empörend wirken. Die Großlandwirtschaft wolle keine Steuer zahlen. Sie verlange vom Reich sogar die Bezahlung der Steuerberater. Auf der anderen Seite gehe das Unternehmertum der Landwirtschaft ungeheuer rigoros gegen die Löhne der Landarbeiter vor. Vor neuen Versuchen, diese Löhne noch weiter zu senken, müsse dringend gewarnt werden. Die Funktionäre der landwirtschaftlichen Organisationen bezögen alle hohe Gehälter. Die schönen Reden über die Not der Landwirtschaft kosteten ein großes Stück Geld. Die der Landwirtschaft zu 6 Proz. geliehenen Gelder würden

von den Kreditorganisationen zu 15 Proz. weitergegeben.

Das alles genüge den Großgrundbesitzern aber noch nicht. Ihnen genüge auch nicht, daß in den letzten zehn Jahren, nach einer Feststellung des Landwirtschaftsministers Freiherrn von Richthofen, mehr für die Landwirtschaft getan worden sei, als unter der Monarchie in 50 Jahren.

Leipzig (Metallarbeiter) begrüßt Leipziger Bericht, weil er vor aller Öffentlichkeit die schweren Unterlassungen der Reichsregierung ins Licht gestellt habe. Die Ausbalanzierung des Etats zu Lasten der Massen müsse endlich einmal aufhören. So wie bisher gehe es wirtschaftlich nicht weiter. Wenn der Reichsarbeitsminister selbst erkläre, die Arbeiter seien schon jetzt mit den Sozialbeiträgen zu hoch belastet, dann könne man sie auch nicht mehr durch weiteren Lohnabbau belasten. Die Ausschaltung der Gewerkschaften in der Entscheidung über Lebensfragen der Arbeiterschaft sei unerträglich. In diesem Punkt sei das Maß jetzt überall

Schaum, Gesamtverband Berlin, beleuchtete die letzte Rotverordnung der Reichsregierung, die vor allem den Gemeindearbeitern übel mitgespielt habe. Durch die Rotverordnung würden tarifmäßige Bedingungen außer Kraft gesetzt. Man stelle die Gemeindearbeiter unter ein Sonderrecht, zu gleicher Zeit würden in der Presse neue Rotverordnungen zur Auflockerung der Tarife angekündigt. Vom Bundesvorstand müsse erwartet werden, daß er nichts unterlasse, um die Ungerechtigkeit der Rotverordnungen wieder rückgängig zu machen. Gehe es nicht auf gutlichem Wege, dann müsse der offene Kampf gewagt werden.

Frau Niemiera, Textilarbeiterverband Berlin, kritisierte scharf die ungerechte Behandlung der verheirateten Frau in der Arbeitslosenunterstützung. Hier liege ein offenkundiges Unrecht vor. Wie oft solle man es noch sagen, daß die verheiratete Frau sich nicht zum Vergnügen zur Arbeit dränge, sondern weil die Not sie dazu zwingt. Schärfste Abwehrstellung gegen die nachgerade unerträglich gewordene einseitige Belastung der wertvollen Frauen. Man müsse sich auf den Kampf vorbereiten, denn die Arbeiterchaft sei ja doch bald gezwungen, zum Angriff überzugehen.

Thomas, Bauergewerksbund Berlin, kritisiert, daß die Sozialpolitik nicht als besonderer Punkt auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Der Reichsarbeitsminister werde nicht ermahnt, daß man ihm hier einen Lorbeerkranz winde. Mit der Arbeiterchaft habe man Schindluder getrieben. Was man erlebe, sei

offene Herausforderung!

Auf der einen Seite grauenvolles Elend, auf der andern Großverdienende, riesige Pensionen und Millionenunterstützungen für die Großbanken. Der Reichsarbeitsminister habe in seiner Rede einige mutige Worte gesprochen. Die Bolschewik, so müsse man darauf sagen, hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Der Reichsarbeitsminister wolle seinen weiteren Lohnabbau. Die Gewerkschaften seien jedoch skeptisch. Am interessantesten sei seine Rede dort gewesen, wo er geschwiegen habe. Die Haltung des Reichsarbeitsministeriums in der Frage der Allgemeinverbindlichkeit öffne dem Lohnabbau hintenherum Tür und Tor. Schlimm, wenn im Ministerium die Meinung vorherrsche, Löhne, die über den Lohnsätzen der Exportindustrie lägen, dürften nicht allgemeinverbindlich erklärt werden. Man schliddere in eine Katastrophe wie feinerzeit in den Krieg. Wir brauchen unbedingt eine klare Politik auf lange Sicht. So gehe es jedenfalls nicht, daß

ein Minister die Löhne abbaue und der andere die Preise erhöhe.

Schlicher, Holzarbeiterverband Berlin: Der Minister erkläre, es sei nicht beabsichtigt, das Schlichtungswesen abzuändern. Die Presse meldet jedoch bereits, es komme eine neue Rotverordnung, die eine Lockerung der Kartelle und Tarifverträge (!) bringt. Der Minister sagte, er wolle keinen neuen allgemeinen Lohnabbau. Was heißt „allgemein“? Auch der erste Lohnabbau kam in Etappen, von Bezirk zu Bezirk, bis er schließlich allgemein war. Jetzt schafft man Lohnabschlüsse bis zu vier Wochen. Das ist doch fast eine Beseitigung des Tarifrechts.

Schiffel (Eisenbahnerverband): forderte vom Reichsarbeitsminister, daß er in der Frage der Arbeitszeitverkürzung mehr Energie zeige. Die Reichsbahn habe noch Arbeitszeiten von 54 Stunden und mehr. Erfreulich sei die feste Zuversicht, die aus dem Bericht des Bundesvorstandes trotz der furchtbaren Not der Zeit und trotz aller Angriffe auf die Gewerkschaften herausginge. Die Arbeiterchaft denke nicht daran, den Kopf hängen zu lassen. Wenn man sich mit ihr in der Frage der Lastenverteilung nicht verständigen wolle,

dann müsse eben gekämpft werden.

Kämpfen aber könne nur, wer an sich selbst glaubt.

Hufmann (Bergarbeiterverband) schilderte die furchtbare Not in der Bergarbeiterchaft: Ungeheurer Rückgang der Belegschaften, gewaltige Steigerung der Arbeitsleistung, das alles kümmerle die Unternehmer nicht. Jetzt solle der Bergarbeiter durch Lohnkürzung und Arbeitszeitverlängerung und „Großhungen“ den Profit für die Leute sichern, die 300 000 Mark und mehr pro Jahr in die Tasche stecken. Im Bergbau laufe das Mehrarbeitszeitabkommen jetzt ab. Hier habe der Arbeitsminister Gelegenheit, sich für die Bergarbeiter einzusetzen. Das Versprechen, die Arbeit werde fallen, sobald die Leistungen der Vorkriegszeit erreicht seien, müsse jetzt eingelöst werden.

Frau Hanna (ADBA) erinnerte den Minister ebenfalls an eine Möglichkeit, etwas zur Entlastung des Arbeitsmarktes zu tun. Sie verwies auf die Nachtarbeit, die stets mit kurzfristigen Auslandsaufträgen begründet werde. Wiederholt sei festgestellt worden, daß es sich gar nicht um Auslandsaufträge gehandelt habe. In der Heimarbeit, z. B. in den Christbaumstumpfindustrien in Thüringen, zwingt man die Heimarbeiter, 15 und 16 Stunden zu schaffen, den Lohn zu drücken und arbeitslos zu werden. Und das alles nur, um kurzfristige Aufträge zu erledigen. Der Kampf gegen die billigere Frauenarbeit müsse auf der ganzen Linie einsehen. Denn die Unterbezahlung der Frauenarbeit habe erneut viel zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit beigetragen.

Vanke vom Verband der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter erstattet den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Er habe keine Beanstandungen. Der Bericht wird angenommen. Der Kongress umfaßt 307 Delegierte. — Weiterberatung Dienstag.

Naturalienvorschlag abgelehnt.

Christliche Gewerkschaften gegen Experimente.

Eine Konferenz des Gewerksvereins Christlicher Bergarbeiter Deutschlands in Essen beschäftigte sich mit dem in den letzten Tagen in der Öffentlichkeit viel erörterten, auch von Stegerwald bei seiner Frankfurter Rede erwähnten Vorschlag, die gesetzliche Arbeitslosenunterstützung teilweise in Naturalien zu gewähren. Dieser Vorschlag wurde von der Konferenz einstimmig aus folgenden Gründen abgelehnt:

Die allgemeine Verteilung von Naturalien an die Arbeitslosen würde zunächst einen neuen Einkaufs-, Verteilungs- und Kontrollapparat durch Staat und Kommune notwendig machen. Die Kommune würde unter diesen Umständen gezwungen, ihren Behördenapparat erheblich zu erweitern und zu verteuern, und das in einem Zeitpunkt, wo die gesamte Öffentlichkeit dringend Ausbau und Verbillichung der Verwaltung in Staat und Gemeinde fordert. Ein solches Naturalienverteilungssystem würde auch schwere Nachteile für den Mittelstand zur Folge haben, dessen Warenumfang dadurch erheblich verringert und die Steuerkraft einer wichtigen Volksschicht geschwächt würde. Neben dem Steuerausfall hätte das Naturalienverteilungssystem auch eine Gefährdung selbständiger Mittelstandsexistenzen zur Folge. Die Konferenz war der Meinung, daß überhaupt kein Grund vorliege, solche Maßnahmen in Erwägung zu ziehen. Auch der Vorschlag, Wareneinkaufsguthaben an die Erwerbslosen herauszugeben, wurde von der Konferenz für schädlich und gefährlich gehalten. Dagegen forderte die Konferenz, daß den Erwerbslosen die kaum zum Leben ausreichende große Unterstützung in bar ausgezahlt werde. Es sei wünschenswert, wenn außerdem für den kommenden Winter den Erwerbslosen Brennstoffe, Kleidung und Lebensmittel von allen, die dazu in der Lage sind, besonders von den Wohlfahrtsorganisationen, über die gesetzlichen Unterstützungssätze hinaus, gegeben würden.

Gehaltstarif im BBA nicht gekündigt

Von den AFA-Verbänden wird uns mitgeteilt: Zahlreiche Anfragen aus den Betrieben veranlassen uns mitzuteilen, daß, wie zu erwarten war, eine Kündigung des Gehaltstarifvertrages seitens des BBA nicht erfolgt ist. Da auch die Angestellten-Gewerkschaften bereits am 27. August den Beschluß gefaßt haben, von einer Kündigung Abstand zu nehmen, gilt der bisherige Gehaltstarifvertrag weiter und kann frühestens mit monatlicher Frist zum 31. Dezember 1931 gekündigt werden.

Jubiläum im BBA.

Der Hauptkassierer des Zentralverbandes der Angestellten, Emil Bucher, begeht heute sein 25jähriges Berufsjubiläum. Es ist unmöglich, diesen Gewerkschafter aus der Entwicklung des BBA, von den kleinsten Anfängen bis zur heutigen imponierenden Größe hinwegzudenken. Seinem außerordentlichen Geschick und seiner Tatkraft ist es mit zu verdanken, wenn der BBA heute eine finanziell und organisatorisch festgefügte Organisation darstellt. Die Gewerkschaftsbewegung, insbesondere die Mitglieder des BBA, sind stolz darauf, deshalb danken sie Emil Bucher und rufen ihm auch für die Zukunft ein herzliches „Glück auf“ zu.

Graphische Arbeiter, übt Solidarität!

Von einem erwerbslosen graphischen Hilfsarbeiter wird uns geschrieben:

Während die Organisationsvertreter der graphischen Arbeiter mit dem Unternehmertum über die Einführung der 40-Stunden-Woche einen harten Kampf führen, damit bei eventueller Arbeitszeitverkürzung es möglich wird, Erwerbslose unterzubringen, haben bisher die in fester Arbeit stehenden Kollegen verabsäumt, auf Ueberstunden sowie Extraarbeit zugunsten der Erwerbslosen zu verzichten. Sie sind zum Teil Mitschuldige an der großen Not ihrer arbeitslosen Brüder.

Zeitungsbetriebe, wo Kollegen bis zu 55 und mehr Stunden pro Woche arbeiten, sind keine Seltenheit. Wir wollen vorläufig keine Namen und nähere Details anführen, müssen aber loyalerweise erwähnen, daß die Belegschaften des „Barmarks“ und einiger Kleinbetriebe lange schon mit gutem Beispiel vorangingen und für jede Sonderarbeit Erwerbslose vom Nachweis anfordern.

Reichs-, Staats- und Kommunalbeamte!

Freitag, 20 Uhr, in den Kammergärten, Teltower Str. 1-4, große öffentliche Demonstration, Kurt Heintz, W. B. A., spricht über: „Die Beamten, die Staatsentnahmen und Wirtschaftskrisis“. Eintritt, gratis an alle! Eintritt in Massen! Bezirksverband Berlin der Sozialdemokratischen Partei.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, 19.4. Uhr, tagen die Gruppen: Altkönig: Gruppenheim Altkönig, Bismarckstr. 1. Heimbefragung, Spielabend. — Schöneberg: Jugendheim Niederischow, Berlin, Str. 31 (Niederischow, im Keller). Spielabend. — Prenzlauer: Jugendheim Altkönig, 43. Zimmer 3. Heimbefragung. Wir lesen aus: Kaufmann von Rosenfeld. — Gewerkschaftsbau: Empirische 24-25, Saal 11. Heimbefragung. Heimausweis und Verbandbuchkontrolle. — Wedding: Jugendheim Wilmersdorf, 3. 2. Treppen, Zimmer 11. Heimbefragung und Vesperabend. — Neukölln: Jugendheim Gunterstr. 44. Heimbefragung. Verbandbuchkontrolle. — Lichterberg: Jugendheim Poststr. 22. Heimbefragung und Vesperabend. „Der Weg zurück.“ — Ostend: Jugendheim Marienpark, Trakomallee 44 (Kant-Schule). Heimbefragung. Schon ab 19 Uhr. — Tempelhof: Schule Wilmersdorf, 53-54 (Postamt), Ausgang Georgstr. Heimbefragung. Kurze Rede. Aus unserem Beruf. — Wannsee: Jugendheim Poststr. 44. Heimbefragung. Rückblick auf Vorkriegszeit.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute sind folgende Veranstaltungen: Lichterberg: Wir besuchen die Verammlung des Bezirksrats. — Köpenick: Jugendheim Scherler Straße 15-19. Vortrag: „Es war der Krieg“. — Prenzlauer: Bernheim. — Ostend: Wir besuchen die Verammlung des Bezirksrats. — Tempelhof: und Wannsee: ab 18 Uhr Sportplatz Tiergarten, im Schillerpark und am Hiesfeld 7 im Tempelhofer Park und ab 19 Uhr Tempelhofer Feld, Flughafenring. — Weidert auch für die Volkshausabteilung für die arbeitende Jugend im Jugendsekretariat.

Verantwortlich für Vollst.: Viktor Schiff; Wirtschaft: G. Kinnel; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kultur: Dr. John Schimanski; Kassen- und Kassieren: Karl Kahl; Kassieren: E. Glöck; Kassieren in Berlin: Berlin: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin. Prod.: Hermann-Berlin und Verlagsanstalt Paul Simon u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3, Stern 2 Seiten.

500 Kaffeehausbesucher zur Beurteilung von Kaffee herangezogen

In einem der schönsten Kaffeehäuser Roms, das im Zentrum gegenüber dem Parlament liegt, wurde kürzlich jedem Gast, der eine Tasse Kaffee bestellte, noch eine zweite Tasse Kaffee serviert mit der Bitte, zu beurteilen, welcher der beiden Kaffees der bessere sei.

In 498 von 500 Fällen wurde Kaffee II als der bessere bezeichnet. Was für eine Kaffeesorte dieser bessere

war, wußte das Publikum nicht. Es war Kaffee Hag! Natürlich wurde in diesem Kaffeehaus schon immer ein guter Kaffee gereicht, aber da der Besitzer seinen Gästen das allerbeste bieten will, verwendet er jetzt ausschließlich Kaffee Hag. Durch hervorragende Qualität und völlige Unschädlichkeit hat sich Kaffee Hag die Welt erobert. Er wird in 39 Ländern der Erde getrunken.

Bitte probieren Sie Kaffee Hag noch heute. Er ist überall zu haben. Das große Paket kostet jetzt nur noch RM 1.62, das kleine Paket 81 Pfennig.



Kaffee Hag bleibt Kaffee Hag